



Wortprotokoll der 55. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 17. Januar 2024, 17:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E.700

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 4

Aussprache und Beschlussfassung über die
Unterrichtung zur Ausgestaltung der weiteren
Arbeit des Parlamentarischen Beirates für
nachhaltige Entwicklung

Hierzu wurde verteilt:

Ausschussdrucksache 20(26)94;

Ausschussdrucksache 20(26)95

Tagesordnungspunkt 2

Seite 7

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung -
Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 20(26)97



Tagesordnungspunkt 3 **Seite 11**

Unterrichtung über die **Halbzeit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie** durch **Sarah Ryglewski, MdB**, Staatsministerin beim Bundeskanzler

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 7**

Berichte aus den Berichterstattergruppen und zu zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den Ausschussberatungen

hier: Bericht aus dem EU-Ausschuss
Berichterstatter: **Ralph Brinkhaus, MdB**

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 26**

Verschiedenes



Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kleebank, Helmut Rudolph, Tina Zorn, Armand	Abdi, Sanae Kersten, Dr. Franziska Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Wagner, Dr. Carolin
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Mayer-Lay, Volker Radomski, Kerstin Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang	Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Aeffner, Stephanie Ganserer, Tessa Wagner, Johannes	Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelson, Swantje Henrike
FDP	Al-Halak, Muhanad Gründer, Nils Willkomm, Katharina	Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad
AfD	Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer	Bleck, Andreas Kaufmann, Dr. Michael



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie herzlich zur 55. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE). Zudem begrüße ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Herrn Dr. Pahl, Generalsekretär des Rates für nachhaltige Entwicklung (RNE), sowie Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes. Wir haben uns in der Obseleuterunde auf eine Tagesordnung für die heutige Sitzung verständigt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich die freudige Aufgabe, drei Geburtstagskindern zu gratulieren. Einer davon ist anwesend, nämlich Herr Dr. Kraft. Herzlichen Glückwunsch nachträglich zu Ihrem Geburtstag. Nachträglich gratuliere ich zudem Frau Dr. Kersten und Herrn Glaser.

Tagesordnungspunkt 1

Aussprache und Beschlussfassung über die Unterrichtung zur Ausgestaltung der weiteren Arbeit des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung

Hierzu wurde verteilt:

Ausschussdrucksache 20(26)94 (Anlage 1);

Ausschussdrucksache 20(26)95 (Anlage 2)

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ich möchte darauf hinweisen, dass an diesem Freitag die Beratungen zur Halbzeit der Agenda 2030 im Plenum stattfinden werden, verbunden mit der Unterrichtung über die Weiterentwicklung des PBnE. Daher werden wir heute über die Unterrichtung sprechen und voraussichtlich auch einen entsprechenden Beschluss fassen.

Wir haben in der Obseleuterunde vereinbart, dass jede Fraktion die Gelegenheit erhält, drei Minuten über die Unterrichtung und über die Stellungnahme der Fraktion der CDU/CSU zu sprechen. Beide Vorlagen sind mit den Drucksachennummern 20(26)94 und 20(26)95 verteilt worden.

Wir beginnen nun mit der Aussprache. Wir haben dafür keine Reihenfolge festgelegt. Ich schlage vor, wir gehen nach der Größe der Fraktionen vor. Wenn alle damit einverstanden sind, fangen wir

mit der Fraktion der SPD an. Herr Blankenburg, Sie haben das Wort.

Abg. **Jakob Blankenburg (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte zu Beginn zunächst an die anderen Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen meinen Dank aussprechen. Die Frage, wie entwickeln wir den PBnE weiter, beschäftigt uns ja nicht nur in dieser Legislaturperiode, sondern auch in den vergangenen Legislaturperioden hatten sich unsere Vorgängerinnen und Vorgänger immer wieder damit beschäftigt. Dabei sind viele Papiere geschrieben worden, die dann aber nicht umgesetzt wurden.

Wir haben dieses Mal – und deshalb danken wir den Kolleginnen und Kollegen – einen neuen Vorschlag gemacht. Er ist nicht so weitreichend, wie in den vergangenen Legislaturperioden, aber durchaus so, dass ich glaube, dass möglichst viel umgesetzt werden kann. Was bringt uns das weitreichendste Papier, wenn am Ende nichts davon in die Realität umgesetzt wird? Wir haben mit konkreten Empfehlungen, wie wir unsere Arbeit in den bestehenden Strukturen verbessern bzw. sichtbar machen können, gute Vorschläge vorgelegt. Dabei stellt sich die Frage, wie wir die Öffentlichkeit beteiligen könnten. Um welche Fragestellungen geht es dabei? Die Kolleginnen und Kollegen, die regelmäßig die Nachhaltigkeitsprüfungsbewertungen durchführen, wissen, dass wir fachlich nicht tiefgehend prüfen. Wir sehen uns die Gesetze nicht wirklich genau an. Das möchten wir auch mit einer materiellen Prüfung von ausgewählten Gesetzesvorhaben ändern. Wir wollen uns nicht nur ansehen, was passiert denn, bevor wir einen Beschluss fassen, sondern wir wollen uns auch hinterher in den sogenannten „Spending Reviews“ ansehen, wofür das Geld denn ausgegeben worden ist. War das dann „nachhaltig“ oder können wir nicht auch nochmal eine gewisse Nachbetrachtung machen, damit wir bei der Aufstellung von neuen Haushalten gegebenenfalls dann nachträglich nochmal Geld umverteilen. Das sind nur zwei Beispiele aus diesem Papier. Für die doch sehr intensiven Beratungen innerhalb der demokratischen Fraktionen, die nahezu einvernehmlich erfolgt sind, möchte ich mich an dieser Stelle bedanken.



Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Blankenburg. Als nächstes spricht Kollege Felix Schreiner von der Fraktion der CDU/CSU.

Abg. **Felix Schreiner (CDU/CSU):** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen allen ein gutes neues Jahr. Wir haben zu der vorgelegten Unterrichtung eine eigene Stellungnahme mit auf den Weg gebracht. Wir sind der Meinung, dass das, was in dem Papier ausgeführt wird, ein Minimalkompromiss ist, der uns nicht ausreicht und den wir gerne weiterentwickelt bzw. weiter gefasst hätten. Wir sind der Meinung, dass wir uns, was die Weiterentwicklung des Beirates angeht, ganz ehrlich machen müssen, auch in Bezug auf unsere Funktion, wenn wir uns selber ernst nehmen und wenn wir auch gegenüber dem Parlament ernst genommen werden wollen. Wir sind ein Beirat, der in der konkreten Konzeption, und das merken wir ja alle hin und wieder auch, wenn es um Rednereinladungen und um andere thematische Beschäftigungen geht, gegenüber der Regierung einfach zu kurz kommt und nicht richtig wahrgenommen wird. Deshalb sollte aus unserer Sicht, das möchte ich in den Mittelpunkt stellen, ein Nachhaltigkeitscontrolling der Schwerpunkt unseres Beirates sein. Das ist unsere Aufgabe. Damit wir als Querschnittsaufgabe über alle Themen hinweg und in allen Ministerien das Regierungshandeln unter diesen Gesichtspunkten kontrollieren und prüfen können, ob dort das Thema "Nachhaltigkeit" angemessen berücksichtigt wird. Ich glaube, dass wir mit der Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bewusst auch ein Instrument zur Verfügung haben, das sich nicht nur an einer Legislaturperiode orientiert bzw. an Regierungsmehrheiten, die kommen und gehen, wie wir das ja auch immer alle miterleben, sondern dass das auch Dinge sind, bei denen ein Kompromiss in der Sache über Wahlperioden hinweg auch Bestand haben sollte. Weil wir es ernst meinen mit künftigen Generationen, muss es zu Recht auch kontrollierbar sein und darf eben nicht nur davon abhängig sein, ob es gerade auf die Tagesordnung einer Regierung passt oder nicht. Ich mache mir insgesamt auch um unser Thema ein bisschen Sorgen, weil es natürlich aktuell eine andere Agenda in der Welt gibt. Das wissen wir alle, und wir wissen, wie schwierig

dies oft in unseren Fraktionen ist, für unser Thema zu werben. Aber gerade bei diesem Thema ist es wichtig, dass man über Wahlperioden hinweg am Ball bleibt. Wir fordern auch deshalb den Deutschen Bundestag auf, so muss man es ja richtig formulieren, dass wir den Beirat zu einem Ausschuss für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen umwandeln und entsprechend aufwerten, damit wir dann als Gremium, bzw. als ständiger Ausschuss des Bundestages auch in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages verankert sind und wir dadurch eine Art Querschnittsfunktion haben. Es ist vergleichbar mit dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Der zukünftige Ausschuss behandelt eben nicht nur das Thema "Nachhaltigkeit". Er befasst sich aber auch mit Querschnittsthemen. Beispiele hierfür sind dann Vorlagen, wie beispielsweise die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, der Indikatorenbericht, die Beschlüsse des Staatssekretärsausschusses, die Belange der europäischen und der internationalen Nachhaltigkeitspolitik und die Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (VN/UN). Deshalb geht uns die vorliegende Unterrichtung nicht weit genug. Daher haben wir eine eigene Stellungnahme vorgelegt.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Schreiner. Damit sind wir bei der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Ganserer hat das Wort.

Abg. **Tessa Ganserer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Kollege Blankenburg hat auch die Frage ausgeführt, wie sich dieses Gremium weiterentwickeln soll. Hier hat sich der PBnE in den vorausgehenden Legislaturperioden sehr lange und intensiv Gedanken gemacht. Wir sind in diese Legislaturperiode – wie in vielen Legislaturperioden davor – verspätet in die Tätigkeit eingestiegen. Es bedurfte eines gesonderten Einsetzungsbeschlusses. Ich habe aus meiner Sympathie für einen vollwertigen Ausschuss nie einen Hehl gemacht. Wir haben uns hier im Beirat auch mit externen Vertreterinnen und Vertretern getroffen. Ich erlebe im Beirat, dass das Konsensprinzip bisher funktioniert. Es ist manchmal sehr anstrengend, wenn es darum geht, im Konsens Positionen zu finden. Demokratie ist nie einfach und nie



bequem. Es ist immer anstrengend. Aber ich glaube, dass das Konsensprinzip ein besonderes Gut dieses Gremiums darstellt. Die Forderung, dass wir noch in dieser Legislaturperiode die Aufnahme in die Geschäftsordnung erreichen, ist wichtig, damit sich diese Situation in der nächsten Legislaturperiode nicht wiederholt, sondern dass von vornherein klar ist, dass der PBN E frühzeitig als vollwertiger Ausschuss eingesetzt wird. Dann kann er auch gleich am Anfang der Legislaturperiode seine Arbeit aufnehmen. Es ist aber nicht nur die Frage, welchen Status dieses Gremium haben soll, sondern auch welche Kompetenzen. Eine materiell-rechtliche

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung halte ich für eine ganz wesentliche Angelegenheit. Hier besteht ein großer Konsens, dass wir uns das alle wünschen. Daher glaube ich, dass es ein sehr guter und konkreter Beschluss bzw. eine Unterrichtung ist, die wir dem Plenum vorlegen können, hinter der ich auch mit gutem Gewissen stehen kann.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Frau Ganserer. Wir gehen weiter zur Fraktion der FDP. Es spricht Frau Willkomm.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Herr Al-Halak bitte.

Abg. **Muhanad Al-Halak (FDP):** Auch wir haben uns natürlich Gedanken gemacht über die Unterrichtung. Aber ich habe mich tatsächlich nicht darauf eingestellt, dass ich hierzu auch etwas sagen soll. Zunächst von meiner Seite, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein gutes neues Jahr. Ich freue mich natürlich bzw. hoffe auch, dass dieses Jahr etwas leichter wird als das letzte Jahr.

Wir haben uns zu der vorliegenden Unterrichtung auch Gedanken gemacht. Wir finden, dass wir unsere Arbeit noch stärker bzw. effizienter machen könnten. Ich glaube, dass das natürlich nicht einfach ist, dass wir hier vor Ort die Gesetze beraten und diese im Anschluss dann durch die Ausschüsse weiter beraten werden. Das soll natürlich hier vor Ort erfolgen und wir können dann gemeinsam schauen, dass wir durch die Zusammenarbeit im Beirat die Einwirkung – auch in Richtung „Ausschuss“ – entsprechend positiv mitgestalten. Von meiner Seite ist erst einmal alles gesagt. Sollte ich noch irgendwas übersehen

haben, bitte ich um Korrektur von meiner Kollegin. Ansonsten vielen Dank. Ich freue mich natürlich, dass die Unterrichtung heute auch so beschlossen wird.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):

Dankeschön, Herr Al-Halak. Damit kommen wir zur Fraktion der AfD. Herr Dr. Kraft ist an der Reihe.

Abg. **Dr. Rainer Kraft (AfD):** Dankeschön. Ein gutes neues Jahr auch noch von meiner Seite. Ich möchte natürlich zuerst voranschicken, dass die Fraktion der AfD aufgrund der knappen Ressourcen nicht an den Beratungen zur Unterrichtung teilnehmen können. Trotzdem vielen Dank für die eingereichten Papiere. Sie waren sehr interessant. Eine Nebenbemerkung habe ich dennoch. Ich hoffe, eine Sache ändert sich in der Zukunft. Verschiedene Anträge bezüglich einer Zuteilung von Stellen hat meine Fraktion gestellt. Ich hoffe, dass sich die Personalsituation für die Mitarbeiter im Beirat im Jahr 2024 verbessern wird und dass meine Fraktion dann wieder intensiver mitarbeiten kann.

Kollege Blankenburg hat selbstverständlich Recht. Die reduzierten bzw. formulierten Ansprüche an die Veränderung des Beirates legen es nahe, dass diese wahrscheinlich eher umgesetzt werden können. Ich möchte an dieser Stelle aber bemerken, dass sich im Vergleich zur letzten Legislaturperiode, wenn man sich ansieht, wer von der Opposition auf die Regierungsbank gewechselt ist bzw. anders herum, wer von der Regierungsbank zur Opposition gewechselt ist, die Ansprüche an eine Weiterentwicklung des Beirats zu einem Ausschuss genau ins Gegenteil gedreht haben. Die Opposition wollte früher, also die Fraktionen der FDP und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, einen vollwertigen Ausschuss. Als Regierungspartei wollen sie das nun offensichtlich nicht mehr. Die Union wollte in der letzten Legislaturperiode keinen Ausschuss. Jetzt, aus Sicht der Oppositionsbank, will man es wieder. Ich komme nicht umhin, das zu bemerken. Es stellt sich die Frage, wie das aussehen soll. Es ist eine Tatsache, dass in den Ausschüssen, konträr zur öffentlichen Wahrnehmung, eigentlich auch nichts anderes passiert als bei der Koalitions- bzw. Oppositionspolitik. Jegliche Form einer konstruktiven Zusammenarbeit, wie schwer sie



auch immer sein mag, wäre mit Sicherheit dahin, wenn wir aus dem Beirat einen Ausschuss machen würden. Die Bewertung der Themen würde ganz explizit an Koalitions- und Oppositionsgrenzen auseinanderfallen. Ich halte das für evident, auch eben mit Blick darauf, wenn ich mir ansehe, wer von der letzten auf die jetzige Legislaturperiode von der Opposition auf die Regierungsbank gewechselt ist bzw. auch anders herum. Insofern würde ich bei meiner Position bleiben, die ich jetzt nicht verschriftlicht habe, nämlich, dass jegliche Form von Aufwertung des Beirates dazu führen würde, dass man sich nur dem tagespolitischen Oppositions- bzw. Koalitionsregime unterwirft. Dabei ist jegliche Form von Konsens für alle Ideenentwicklungen hilfreich, mit denen man darauf hinwirken kann, dass man vielleicht in sehr vielen widersprüchlichen Konfliktszenarien, die wir haben, wenn ein Gesetz in die Welt gesetzt wird, deren Einzug ins Parlament im Rahmen der Nachhaltigkeitsprüfung schon verbessert wird, aber dafür andere Kontrollmechanismen reduziert, bei denen man sich darüber streiten kann, wie stark diese jeweils sein müssen. Dabei kommen alle Gesetze auf diese Art und Weise ins Parlament, da diese regelmäßig finanzielle Auswirkungen haben. Die finanziellen Auswirkungen stehen im Prinzip immer mit Sustainable Development Goal (SDG) Nummer Eins im Konflikt, da ich hierdurch den Bürgern immer mehr Geld aus der Tasche ziehen will. Daher fühle ich mich in meiner Position bestätigt, dass es diese Aufwertung des Beirats nicht geben sollte und werde daher dann für meine Fraktion heute dementsprechend abstimmen. Dankeschön.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Kraft. Damit ist unsere Debattenrunde abgeschlossen und wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussfassung der Unterrichtung auf A-Drs. 20(26)94. Ich frage daher, wer stimmt für die Unterrichtung und bitte um entsprechende Handzeichen. Das sind die Fraktionen der SPD, der CDU/CSU, der FDP und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dankeschön. Wer ist dagegen? Das ist niemand. Wer enthält sich? Das ist die Fraktion der AfD. Vielen Dank. Damit ist die Unterrichtung bei Enthaltung der Fraktion der AfD angenommen und wird zur Plenardebatte, aber auch an Sarah Ryglewski,

Staatsministerin beim Bundeskanzler, und dem RNE weitergeleitet.

Tagesordnungspunkt 2

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung - Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 20(26)97 (Anlage 3)

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Damit kommen wir zum TOP 2 – Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung – Beschlussfassung über die Votenliste. Zur Votenliste auf A-Drs. 20(26)97 liegen keine Prüfbitten vor. Daher stimmen wir direkt ohne Aussprache ab. Wer stimmt der Votenliste zu? Ich bitte um Handzeichen. Das ist das gesamte Haus. Ich bedanke mich. Damit ist die Votenliste einstimmig angenommen. Einen kurzen Hinweis möchte ich noch geben. In der kommenden Sitzungswoche handelt es sich um eine Haushaltswoche. Daher findet keine Sitzung des PBnE statt. Vor diesem Hintergrund wird die Votenliste in der kommenden Sitzungswoche im Umlaufverfahren beschlossen.

Tagesordnungspunkt 4

Berichte aus den Berichterstättergruppen und zu zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den Ausschussberatungen hier: Bericht aus dem EU- Ausschuss Berichterstätter: Ralph Brinkhaus, MdB

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Wir haben gerade besprochen, dass wir in der Tagesordnung so vorgehen, dass, wenn Frau Staatsministerin beim Bundeskanzler, Sahra Ryglewski, nicht rechtzeitig erscheint, wir mit den anderen Tagesordnungspunkten fortfahren. Deswegen fahren wir jetzt mit dem TOP 4 fort. Hier geht es um den Bericht aus dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (Europaausschuss). Berichterstätter ist Herr Brinkhaus. Herr Brinkhaus, ich darf Sie um Ihren Bericht bitten.

Abg. **Ralph Brinkhaus (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Erfreulicherweise ist es so, dass es auch eine Europäische Nachhaltigkeitsstrategie gibt und dass sich unsere Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament intensiv mit dem Thema beschäftigen.



Es gibt eine Vielzahl von Initiativen, Richtlinien und Gesetzgebungsvorhaben. Ein Stichwort sei nur das Programm „Fit für 55“ und dem „Green Deal“. Das ist das Gute. Wir haben bei den 17 Zielen auf europäischer Ebene laut aktuellem Bericht bei drei Zielen erhebliche Fortschritte gemacht, was mich persönlich besonders beim Ziel „Keine Armut“ freut. Dann haben wir noch die Ziele „Geschlechtergleichheit“, „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“. Moderate Fortschritte haben wir leider nur erreicht bei „Kein Hunger“, „Gesundheit und Wohlergehen“, „Hochwertige Bildung“, „Sauberes Wasser“, „Bezahlbare Energie“, „Industrie, Innovation“, „Weniger Ungleichgewicht“, „Nachhaltige Städte und Gemeinden“, „Nachhaltiger Konsum“, „Leben unter Wasser“, „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“. Gar nicht gut ist, dass wir leichte Rückschritte bei den „Maßnahmen zum Klimaschutz“, „Leben an Land“ und „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“ haben. Das Europäische Parlament, und ich schildere das deswegen, weil wir ja eigentlich eine Brückenfunktion als Europaausschuss zum Europäischen Parlament haben, hatte auch entsprechende Forderungen aufgestellt. Sie möchten einen neuen Ordnungsrahmen und ein hochrangiges Kommissionsmitglied einsetzen, das für die Umsetzung dieser Themen verantwortlich ist, also eigentlich so, wie wir das hier im Beirat auch wollen, vielleicht noch etwas hochrangiger, als das bisher der Fall war. Sie möchten ein überarbeitetes Paket erarbeiten, wo dann noch konkreter und messbarer eine einheitliche Zielsetzung auch auf europäischer Ebene tatsächlich niedergeschrieben wird, also einen besseren Überwachungsrahmen und einen einheitlichen Finanzplan. Die „SDG-Diplomatie“ und die internationale Zusammenarbeit sind nicht in unserem Plan. Dabei habe ich festgestellt, dass Parlamentarier irgendwie alle gleich denken. Das heißt, die Parlamentarier des Europäischen Parlaments haben ähnliche Ansprüche wie wir. Sie möchten gerne mehr und sie möchten es messbarer haben. Daher stellt sich die Frage: Wie schlägt sich das in der Arbeit des Europausschusses nieder? Das ist an dieser Stelle die schlechte Nachricht: Leider kaum oder bisher gar nicht. Der Europaausschuss ist zwar einer der wenigen Ausschüsse mit Verfassungsrang, aber

Schwerpunktsetzung ist der erweiterte Westbalkan sowie die Beitrittsverhandlungen und Wahlen in Serbien. Hin und wieder geht es auch um Ungarn, was auch durchaus sehr wichtig ist. Ich finde es eigentlich schade, und da könnte man sicherlich mehr machen, wenn der Europaausschuss mehr in Richtung „Konnektivität der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie“ bzw. „Europäische Nachhaltigkeitsstrategie“ arbeiten würde. Nachteil an der ganzen Sache für den Europaausschuss ist, und das muss man leider auch sagen, dass er ein Querschnittsausschuss mit nahezu keinen Kompetenzen ist. Die einzige Kompetenz ist im Erweiterungsverfahren festzustellen. Deswegen beschäftigt man sich mit diesen Themen. An dieser Stelle verschenken wir noch eine Menge an Möglichkeiten. Das ist keine Kritik an der Regierung oder der Opposition. Das müssen wir uns alle ins Gebetbuch schreiben. Aber man könnte an dieser Stelle wirklich mehr machen, da nicht nur im Bereich Klima und Umwelt, sondern auch im Bereich Soziales und in anderen Bereichen durchaus erhebliche Initiativen auf europäischer Ebene stattfinden, bei denen man versucht, das Thema „Nachhaltigkeit“ voranzutreiben. Das wäre schon eine schöne Sache, wenn wir da mehr machen könnten. Was übrigens sehr interessant ist, ist, dass „Nachhaltigkeit“ in den verschiedenen europäischen Ländern, aber das wissen die Kolleginnen und Kollegen hier auch, durchaus auch anders gesehen wird. Wenn Sie in Osteuropa über „Nachhaltigkeit“ sprechen, dann haben Sie sicherlich eine ganz andere Agenda, als wenn Sie das beispielsweise in Skandinavien tun. Das ist natürlich für unsere europäischen Kollegen – wir sehen es irgendwo in einer Art „Nut Shell“ bei den Klimagesprächen – immer ein ganz großes Problem. An dieser Stelle könnten wir mehr machen. Das ist auch ein bisschen meine Agenda, dass wir unser Themenspektrum ein bisschen mehr erweitern. Ich würde die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen bitten, das vielleicht auch an ihre Kolleginnen und Kollegen im Europaausschuss weiterzugeben. Ich vermute, dann würde mehr gehen. Ich habe aber auch ein großes Verständnis dafür, dass gerade in den letzten beiden Jahren die Erweiterungsfragen eine ganz große Rolle spielen. Sie wissen, dass verschiedene Länder auf der Liste stehen und dass



wir da auch sehr umstrittene Entscheidungen haben, Stichwort: Ukraine, Georgien, Moldau und andere Länder. Aber bei aller Kritik an der ganzen Erweiterung, die man sicherlich nicht in so einem Schwarz-weiß-Schema einordnen kann, ist es insgesamt so, dass das natürlich für das Thema „Nachhaltigkeit“ auch eine Chance ist. Beispielsweise bin ich persönlich in Georgien und auf dem Westbalkan gewesen. Da ist für das Thema „Nachhaltigkeit“ in allen Facetten noch eine Menge Luft nach oben. Wenn Sie sich alleine ansehen, dass Skopje eine der dreckigsten Städte der Welt in Bezug auf das Thema „Luftverschmutzung“ ist, um jetzt mal nicht nur über das Thema „Klima“ zu reden, können wir sicherlich eine Menge tun. Wir könnten beispielsweise über das Thema „Gesundheit“ reden. Wir könnten aber auch über Gerechtigkeitsaspekte reden. Vor diesem Hintergrund bleibt also viel zu tun.

Vielen Dank, dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, darüber zu berichten. Ich ermuntere alle, dass sich auch der Europausschuss mehr mit dem Thema „Nachhaltigkeit“ befasst.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ein herzliches Dankeschön für Ihren Bericht. Das war ja sehr komprimiert, eine Art „Druckbetankung“. Es gibt wahrscheinlich eine ganze Reihe weiterer Anknüpfungspunkte, bei denen man nochmal das eine oder andere erfragen könnte. Ich schau mal in die Runde. Gibt es eine Rückfrage? Das ist im Moment nicht der Fall. Dann hätte ich tatsächlich selber eine Rückfrage, da ich das Thema ungemein spannend finde. Ein wichtiger Hauptpunkt sind immer die Fragestellungen in Bezug auf die Erweiterung der Europäischen Union (EU). Ich habe auch Ihrer Aufzählung der SDGs aufmerksam zugehört. Wenn man sich das ansieht, dann haben ja viele der SDGs eine Korrespondenz zu den Aufnahmekriterien. Sie haben beispielsweise auf den ganzen sozialen Bereich hingewiesen, aber auch auf das Thema Rechtsstaatlichkeit und den ganzen Fragen zur Justiz, die damit zusammenhängen. Regelmäßig wird hier immer „Nachhaltigkeit“ dran geschrieben. Das wird ja auch fachlich diskutiert. Würden Sie diese Einschätzung teilen, dass das auch eine Chance für mehr „Nachhaltigkeit“ hat? Staaten, die sich auf den Weg machen, um Mitglied werden zu wollen, müssen im Grunde

doch noch viel nachhaltiger werden, auch wenn man es mit den jeweiligen SDGs abgleicht. Oder sehe ich das falsch?

Abg. **Ralph Brinkhaus (CDU/CSU):** Ja, ganz klar. Wenn Sie sich die einzelnen Kapitel der Beitrittsverhandlungen ansehen, die dann auch entsprechend durchgeführt werden, da könnte man oft auch überall das Etikett „Nachhaltigkeit“ dran kleben. Das ist insofern auch ganz in Ordnung. Wir müssen aber, wenn wir uns auf die anstehenden Beitritte konzentrieren, ganz klar auch eins sagen: Auch dieses Thema verschiebt erneut die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der EU. Ich gehe mal speziell auf den Umwelt- und auf den Klimabereich ein, wo mir das auch wirklich Sorgen macht. Das haben wir ja auch bei den Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Emissionshandel und bei verschiedenen anderen Punkten gesehen. Länder, die noch eine sehr große Wohlstandslücke gegenüber dem Rest der EU haben, haben natürlich nicht unbedingt die Priorität auf die Nachhaltigkeitsziele im Bereich „Umwelt“. Damit meine ich jetzt nicht nur das Thema „Klima“. Damit meine ich auch „Luft“, „Sauberes Wasser“ und „Guter Boden“. Wir müssen uns auch einfach mal ansehen, welche Abstimmungsmechanismen wir haben. Was bedeutet das am Ende des Tages für die EU? Wenn man sich mal die ganzen Beitrittsländer ansehen. Das ist eine ganze Menge. Die EU wird sich auf über 30 Länder vergrößern. Daher müssen wir auch schauen, inwieweit die EU überhaupt noch handlungsfähig ist. Wie bekommen wir das noch gemeinsam hin? Wenn wir jetzt mal das Ziel „Frieden“ und „Sicherheit“ nehmen, dann ist es so, dass wir gerne damit anfangen können, über Ungarn zu reden, die dann dieses Themen schon ganz anders sehen, um das mal vorsichtig auszudrücken, als die meisten anderen Länder der EU. Fraglich ist, wen wir jetzt alles mithilfe dieses Erweiterungsprozesses an den Tisch holen? Sie wissen, dass z. B. am Westbalkan eine durchaus starke Einflussnahme seitens Russland besteht. Was bedeutet das? Wir haben uns heute im Europaausschuss über Serbien und demokratische Wahlen in Serbien unterhalten. Das Land ist noch nicht so weit. Es ist schlichtweg eine Katastrophe. Insofern muss man bei diesem ganzen Beitrittsprozess sagen, dass es aber dennoch eine Chance haben sollte und sich das Ganze entsprechend weiterentwickelt. Wir müssen aber



auch sehen, ob wir dann auch in der Lage sind, in diesem größeren Konzert tatsächlich das Thema „Nachhaltigkeit“, insbesondere in empfindlichen Bereichen wie „Klima“ und „Umwelt“, aber auch in „Demokratie“ und „Rechtsstaatlichkeit“ konsequent voranzutreiben. Insofern ist das wirklich eine sehr interessante Sache. Es würde aber den Rahmen sprengen, das heute hier weiter zu beleuchten.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank für die interessanten ergänzenden Ausführungen. Jetzt habe ich aber doch noch eine Wortmeldung von Herrn Dr. Kraft gesehen.

Abg. **Dr. Rainer Kraft (AfD):** In der Tat. Aber es geht mir auch gar nicht um die Erweiterung der EU, sondern es geht mir in Verbindung mit dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt um das Thema „Weiterentwicklung“. Kollege Brinkhaus hat ja gesagt, dass der Europaausschuss bereits ein „Querschnittsausschuss“ ist. Der zukünftige „Ausschuss für Nachhaltigkeit“ soll auch einer werden. Gleichzeitig haben Sie auch gesagt, dass das in Folge dessen nicht verantwortlich sei. Wie würden Sie sich das dann vorstellen, falls in der nächsten Legislaturperiode ein echter Ausschuss bzw. ein Querschnittsausschuss für Nachhaltigkeit existiert, der dann auch entsprechende Kompetenzen hat und dabei den anderen Ausschüssen nichts wegnimmt in diesem Konkurrenzverhältnis, wie Sie es bei der EU gerade skizziert haben?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Haben Sie eine spontane Antwort?

Abg. **Ralph Brinkhaus (CDU/CSU):** Ja, gerne eine spontane Antwort. Ich finde, dass das eine berechtigte und spannende Frage ist. Die Frage, die sich stellt, ist, ob dieser Ausschuss dann ein PBnE mit mehr Ressourcen sein wird? Das sollte natürlich mehr sein. Es geht aber auch einfach darum, dass wir ein Controlling der 17 Nachhaltigkeitsziele machen. Seien wir jetzt mal ganz ehrlich. Die Fachausschüsse befassen sich mit dem Thema, wenn dafür Zeit ist und wenn es irgendwo passt. Wir haben im Bereich „Klima“ durchaus Kennzahlen, die wir erreichen wollen. Jetzt schauen wir mal in andere Bereiche. Das ist überhaupt kein Vorwurf an irgendwelche Kolleginnen und Kollegen in anderen Bereichen. Beispielsweise im Bereich der Gesundheit. Wir

haben angeblich die zweithöchsten Gesundheitskosten pro Kopf in der Welt. Wir haben aber die zweitgeringste Lebenserwartung in Westeuropa. Das ist ein Widerspruch. Unsere Kolleginnen und Kollegen im Bereich „Gesundheit“ machen eine tolle Arbeit, die haben sich mit „COVID“ und mit seltenen Krankheiten beschäftigt und mit ganz vielen anderen Sachen. Die beschäftigen sich momentan mit dem Thema „Krankenhaus“. Aber es wäre gut, wenn es eine Instanz im Deutschen Bundestag gibt, die sagt, liebe Leute, was hat denn das jetzt alles mit der dem Thema „Lebenserwartung“ zu tun. Führt alles das, was ihr macht dazu, dass die Lebenserwartung in diesem Land oder die Zahl der gesunden Jahre muss es korrekterweise heißen, dann steigt? „Lebenserwartung“ an sich ist ja kein Wert. Eigentlich wär es die Aufgabe eines „Controlling-Ausschusses“, analog so wie es im Controlling in der Wirtschaft und in anderen Bereichen läuft, nicht zu sagen, dass ich jetzt lediglich die Maßnahme habe und die Idee, wie man die „Lebenserwartung“ steigern kann. Aber Aufgabe ist es, dass es eine Instanz gibt, die immer wieder drauf hinweist, dass wir ein Problem haben und wir nachsteuern müssten, wenn wir nicht gut sind bzw. wenn wir es nicht erreicht haben. Das wäre eine super Sache, wenn wir das machen könnten. Deswegen teile ich nicht die Auffassung, dass die Gemeinsamkeiten im Ausschuss dann verloren gehen oder bei einer Weiterentwicklung des PBnE. Da könnten wir dann wirklich, wenn wir alle das Interesse haben, dass die Lebenserwartung steigt, dass sich die Mitglieder im Gesundheitsausschuss jetzt mal ein bisschen mehr in diese Richtung bewegen. Wie bekommen wir es hin, dass die Menschen trotz der hohen Gesundheitskosten länger leben? Das als ein Beispiel. Es muss ein Controlling-Ausschuss werden. Es ist nicht irgendwie ein Controlling-Gremium, in welcher Form auch immer. Deswegen ja auch unser Versuch, ein bisschen wird das ja jetzt in dem aktuellen Vorschlag beschrieben, dass wir uns hier wirklich systematisch ein SDG nach dem anderen vornehmen und fragen, was die Ziele sind, wo wir stehen und wo wir hinwollen. Jetzt haben Sie auch zu Recht gesagt, dass man in der Opposition anders tickt als in der Regierung. Deswegen habe ich ein großes Verständnis auch für diese Kolleginnen und Kollegen. Aber eigentlich wäre



es auch schön, wenn die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie nicht nur dem Bundestag zur Kenntnis gegeben wird, sondern wenn diese tatsächlich im Deutschen Bundestag beraten wird. Dazu braucht es auch ein institutionell übergreifendes Vehikel. Und das könnte natürlich auch ein weiterentwickelter PBN-E sein. Sie wissen, ich sage das in allen meinen Reden und ich werde das wahrscheinlich auch am Freitag wieder sagen, dass ich mir wirklich wünsche, dass wir nicht nur drei Stunden eine Debatte haben, sondern dass wir analog zu den Haushaltsberatungen eine Woche lang ganz intensiv schauen, wo wir bei den Nachhaltigkeitszielen stehen, wo wir hin wollen und was wir tun können. Wir reden immer vom Königsrecht des Parlaments – dem Haushalt. Geld ist Mittel zum Zweck. Das Königsrecht des Parlaments als höchstes Verfassungsorgan ist es, zu bestimmen, welche Ziele die Politik hier in Deutschland und in Europa hat. Wenn wir die Ziele formulieren, dann haben wir ein sehr gutes Drehbuch mit den 17 SDGs. Das könnte für uns ein Navigationssystem sein. Bei all dem Tagesgeschäft habe ich ein großes Verständnis für die Kolleginnen und Kollegen, die da in anderen Ausschüssen jeden Tag arbeiten. Daher wäre es vielleicht gut, wenn man ein Gremium hat, das konsensual und parteiübergreifend immer mal wieder sagt, dass wir hier etwas tun müssten.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Brinkhaus. All diese Fragen werden uns weiter beschäftigen, an dieser und an vielen anderen Stellen. Deswegen ein herzliches Dankeschön für diesen Überblick.

Tagesordnungspunkt 3

Unterrichtung über die Halbzeit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie durch Sarah Ryglewski, MdB, Staatsministerin beim Bundeskanzler

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Wie auf den Punkt genau ist die Staatsministerin beim Bundeskanzler bei uns eingetroffen. Liebe Sarah Ryglewski, ein herzliches Willkommen in unserer Runde.

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Danke für die Einladung.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Wir sind gerade in der besonderen Situation, dass wir in ein paar Minuten eine namentliche Abstimmung im Plenum erwarten. In Anbetracht der zeitlichen Situation, wie sich diese gerade darstellt, wäre mein Vorschlag, dass wir mit dem TOP 3 beginnen. Wir haben ihn vorgezogen. Wir würden so verfahren, dass wir ein Eingangsstatement der Staatsministerin beim Bundeskanzler bekommen. Dann würden wir die Sitzung für die namentliche Abstimmung unterbrechen und anschließend unsere Aussprache fortsetzen. Ich schaue mal in die Runde. Ich sehe Zustimmung.

Dann beginne ich mit einer kleinen Einführung. Zunächst möchte ich mich herzlich dafür bedanken, dass es möglich ist, dass Sie, sehr geehrte Frau Staatsministerin, heute an unserer Sitzung teilnehmen. Es ist ja immer schwierig, terminliche Verabredungen hinzubekommen. Dafür haben wir vollstes Verständnis. Aber es stehen ja wichtige Themen auf der Agenda. Wir werden über den Stand der Agenda 2030, also der sogenannten „Halbzeitbilanz“ und über die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sprechen. Zu beiden Punkten wünschen wir uns ein paar Ausführungen. Danach wird sich eine Aussprache anschließen. Die Zwischenbilanz der Agenda 2030 ist nach meinem Eindruck nicht ganz so erfolgreich, wie wir uns das im Idealfall vorgestellt hätten. Das Thema „Europa“ haben wir gerade ein bisschen diskutiert. Die internationale Situation wirft uns dabei eher etwas zurück, als dass es uns vorwärtsbringt, auch wenn sich Deutschland natürlich für verstärkte internationale Anstrengungen und Kooperationen einsetzt.

In der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung werden „Umwelt- und Klimaschutz“ sowie „Soziale Teilhabe“ wichtige Schwerpunkte darstellen. Dabei geht es vor allem um eine Anpassung an die Klimafolgen und dem sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir stellen dabei fest, wie da viele Dinge ins Wackeln geraten sind. Geplant ist, dass die Nachhaltigkeitsstrategie im Herbst 2024 vom Bundeskabinett beschlossen wird. Es gab hierzu im Oktober 2023 eine Auftaktkonferenz und im Dezember 2023 eine Anschlusskonferenz in



Bremen. Wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben auch immer wieder den Wunsch formuliert, uns hier einzubringen zu können. Es gab dabei die Möglichkeit, an diesen beiden Konferenzen teilzunehmen. Aber auch in der Folge besteht die Möglichkeit, mit einer eigenen Stellungnahme des Beirats der Bundesregierung zur Seite zu stehen, sie zu unterstützen und gegebenenfalls noch den einen oder anderen Impuls zu setzen.

Deswegen, sehr geehrt Frau Ryglewski, darf ich Sie bitten, uns zu beiden Punkten ein paar Ausführungen zu machen. Lassen Sie sich bitte nicht davon irritieren, dass wir die Uhr für die Redezeit mitlaufen lassen. Wir haben keine festgesetzte Redezeit für Ihren Vortrag vorgesehen. Es dient nur zur groben Orientierung.

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Vielen Dank. Ich sage jetzt nicht den klassischen Satz, „Ich fasse mich kurz“. Meistens wird es dann umso länger. Ich versuche meinen Vortrag trotzdem so pointiert zu machen, dass wir nachher in der Aussprache dann nochmal ein bisschen mehr Zeit haben. Erstmal vielen Dank für die Einladung. Herzliche Grüße darf ich Ihnen von den Mitgliedern des Ständigen Beirats beim Präsidium des Bundesrates ausrichten. Ich wurde von den Mitgliedern gefragt, wo ich denn hinginge, da ich etwas früher weg musste. Ich habe gesagt, dass ich ein Gespräch mit den Mitgliedern des PBnE führen würde. Daher soll ich diese Grüße ausrichten.

Ich freue mich sehr, hier zu sein. Trotz aller politischen Differenzen, die wir in manchen Punkten bzw. unterschiedlichen Akzentsetzungen haben, nehme ich seitens der Mitglieder des PBnE wahr, dass es eine sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit mit uns gibt, die sich ja glücklicherweise nicht nur auf meine Anwesenheit hier im Beirat beschränkt, sondern ich bin auch sehr dankbar, das muss ich wirklich auch ausdrücklich gegenüber dem Vorsitzenden betonen, für die kontinuierliche gemeinsame Zusammenarbeit auch im Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung (Staatssekretärsausschuss). Dadurch ist es möglich, dass wir mitbekommen, was hier im Beirat diskutiert wird. Insofern besteht ein sehr guter wechselseitiger Austausch.

Gerne wäre ich auch zu dem ersten Tagesordnungspunkt dazu gekommen, weil ich die Frage, wie wir das Ganze parlamentarisch stärken können, wichtig halte. Als Vertreterin der Bundesregierung halte ich mich da aber eher zurück. Ich finde, das sind in der Tat auch wichtige und interessante Punkte. Viele haben damit zu tun, wie man das hinbekommt, ein Schwerpunktthema, wie es „Nachhaltigkeit“ darstellt, hochpointiert zu präsentieren und dass dann auch der Finger an die richtigen Stellen gelegt wird. Das ist ja ein Thema, das uns alle gemeinsam umtreibt.

Bevor ich jetzt ganz konkret auf die Schwerpunkte eingehe, möchte ich doch zwei kurze Vorbemerkungen machen. Wir diskutieren ja in diesen Tagen sehr viel über Politikverdrossenheit. Das ist vielleicht nicht nur das Thema dieser Tage, sondern seitdem ich mich politisch engagiere, höre ich immer wieder, dass es eine gewisse Politikverdrossenheit gibt. Das mag sicherlich auch so stimmen. Gleichzeitig merken wir alle, dass es doch bei vielen Menschen auch den Wunsch gibt, dass positive Botschaften und Zukunftsbilder entwickelt werden. „Nachhaltigkeit“ ist ein Punkt, bei dem sich auch viele Menschen damit identifizieren können, wo wir auch sehen, wenn wir das Thema der Agenda 2030 ernst nehmen, dass es ein Thema ist, das uns auch global zusammenhält. Was mir an der Stelle gerade im Hinblick auf die SDGs sehr wichtig ist, dass es häufig ein gewisses Narrativ gibt, dass es sich bei dem Thema „Nachhaltigkeit“ lediglich nur um Entwicklungszusammenarbeit handeln soll, mit dem Ziel, in weit entfernten Weltregionen das Leben dort besser zu gestalten. Aber es ist tatsächlich ja ein viel umfassender und globaler Ansatz, der uns auch Aufgaben nicht nur für unsere Rolle in der Welt, sondern auch für die Frage aufwirft, wie wir in Deutschland konkret Politik für die Menschen gestalten wollen. Gleichzeitig sehe ich die Agenda 2030 als eine Erkenntnis und als ein Versprechen, dass wir dieses „bessere Leben“ sowohl hier als auch in der restlichen Welt nur gemeinsam hinbekommen. Das ist ein sehr globaler Ansatz und der ist auch richtig. Wir haben alle erlebt, Stichwort „Lieferketten“, Stichwort „Krieg in der Ukraine“, Stichwort „Klimaschutz“, dass wir alle voneinander abhängig sind und wir uns gegenseitig brauchen. Deswegen bin ich auch



davon überzeugt, dass wir hier ein Thema vorfinden, dass man auch wirklich positiv nutzen kann. Wir merken ja auch, dass es ein Thema ist, das viele Menschen bewegt und wo auch viele Menschen aktiv werden. Wir haben auch eine ganze Reihe von privaten Initiativen zum Thema „Nachhaltigkeit“ in ganz Deutschland. Das ist etwas, was auch sehr aner kennenswert ist. Dabei sind die Ansätze vielleicht nicht immer alle gleichartig, wo die Definitionen auch nicht dem entsprechen, was wir drunter fassen würden. Das finde ich an der Stelle aber auch erstmal zweitrangig. Ich habe diesen Schwung bei den beiden Konferenzen erlebt, die wir zum Auftakt der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie veranstaltet haben, bei dem auch viele Menschen teilgenommen haben. Wir hatten deutlich mehr Anmeldungen, als wir dann Teilnehmerinnen und Teilnehmer annehmen konnten. Auch wenn beide Konferenzen einen sehr unterschiedlichen Schwerpunkt hatten, waren diese doch beide Male sehr gut besucht. Die Auftaktkonferenz in Berlin war globaler konzipiert. In Bremen war es dann ein bisschen stärker auf das Thema „Teilhabe“ ausgerichtet. Aber auch das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ war ein großer Schwerpunkt. Ich möchte mich auch nochmal ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen hier im Raum bedanken, die an den Konferenzen teilgenommen haben. Auch möchte ich dem Vorsitzenden für seinen Beitrag auf der Konferenz in Berlin danken. Das war nochmal wichtig, um deutlich zu machen, dass es ein Thema ist, das auch im parlamentarischen Raum seinen Stellenwert hat. Für diese Impulse bin ich daher sehr dankbar.

Nun bin ich gebeten worden, auch zum Thema „Halbzeit der Agenda 2030“ und zum zur „Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie“ etwas zu sagen. Bei der „Halbzeit der Agenda 2030“ würde ich versuchen, es etwas kürzer zu halten, weil wir das beim letzten Mal schon behandelt haben und weil in den letzten Wochen und Monaten darüber auch viel diskutiert wurde, auch angesichts des SDG-Gipfels in New York. Ich muss in dieser Runde nicht betonen, dass wir hier eine noch größere Kraftanstrengung brauchen, insbesondere auch global, um die Ziele auch nur annähernd zu erreichen. Wir haben nur 15 Prozent der messbaren Unterziele, die auf dem Weg in

Richtung Zielerreichung sind. Ich will das auch einfach mal sagen. Ich bin auch nach dem SDG-Gipfel in New York ein bisschen ins Nachdenken gekommen, was die globalen Ansätze angeht. Es war natürlich gut, dass dort nochmal ein Bekenntnis für die Agenda 2030 ausgesprochen wurde. Das würde ich auch niemals in irgendeiner Form kleinreden wollen. Gleichzeitig hat man aber auch gemerkt, dass es schwierig ist, diesen Schwung bei einem Thema, das auf so eine lange Dauer angelegt ist, aufrechtzuerhalten. Es ist angesichts der globalen Krisen leider auch schwierig. Hier wäre nochmal interessant, mit den Kolleginnen und Kollegen im Auswärtigen Ausschuss zu diskutieren. Dabei merken wir, dass unsere Settings in Bezug auf die multinationalen Instrumente und der internationalen Zusammenarbeit aktuell auch nicht unbedingt in ihrer stärksten Phase sind.

Ich war auch Teilnehmerin bei dem „SDG-Action-Weekend“, bei dem sehr fachspezifisch diskutiert wurde. Es gab viel Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, aber auch aus kleineren Staaten. Bedauerlicherweise waren nicht besonders viele Vertreterinnen und Vertreter von Staaten aus dem G20-Kontext anwesend. Dabei wurde dort sehr konkret die Frage diskutiert, wie man nicht nur Geld öffentlich ins Schaufenster stellt, sondern wie man beispielsweise über Akzeleratoren dafür sorgt, dass man das Ganze auch in Aktion bekommt und wie man dafür sorgt, dass auch tatsächlich daraus entsprechende Hebel entstehen. Da merkt man einfach, dass wir auch Probleme in multinationalen Organisationen haben. Wir haben natürlich auch durchaus Herausforderungen, die die Vereinten Nationen annehmen müssen. Es war gut, dass der Bundeskanzler an der Veranstaltung teilgenommen hat. Und es war gut, dass der amerikanische Präsident dabei war. Leider waren aber insgesamt nicht viele Staatschefs aus finanzstarken Ländern vertreten. Das ist natürlich auch ein gewisses Problem. Das ist besonders schade, weil es in der Tat einfach Formate gibt, die einen Rahmen bieten, das Ganze auch konkret voranzubringen. Beispielsweise befasst sich ein Thema mit den Akzeleratoren. Aber auch die Frage, wie man Staaten dabei unterstützt, die beispielsweise mit Staaten des globalen Südens und dem Thema „Flucht“ zu tun haben, Stichwort „Sudan, Tschad“ etc., Lösungen vor Ort zu finden.



Das heißt, es gibt Wege. Aber wir müssen eben auch schauen, wie wir eine Basis hierfür legen, weil uns die Zeit davonrennt. Insofern müssen wir dann auch überlegen, wie wir entsprechend auch weiter wirken können.

Was ganz deutlich wurde, ist, dass es eine große Erwartungshaltung gegenüber Deutschland gibt. Es wird aber auch gesehen, was wir alles machen. Das wurde dabei auch sehr deutlich. Aber es wird von uns auch erwartet, dass wir hier eine noch stärkere Rolle in Bezug auf Orientierung und Führung einnehmen. Ich sage das auch ganz bewusst in Bezug auf Führung. Das wird auch gesehen, aber gleichzeitig auch eingefordert. Deswegen war es gut, dass wir mitteilen konnten, dass wir die Zusagen, beispielsweise was das Thema „Internationale Klimafinanzierung“ angeht, auch einhalten werden. Das wurde auch bei einem Thema deutlich, dass eine große Rolle gespielt hat, nämlich die Frage der „Verschuldung“. Wir sind dabei einer der Staaten, die hier auch stark hinterher sind, überschuldeten bzw. stark verschuldeten Ländern die Möglichkeit zu geben, diese Verbindlichkeiten umzuwandeln. Deutschland engagiert sich entsprechend im Kontext des Gipfeltreffens der G20-Staaten.

Trotzdem brauchen wir mehr Tempo und müssen hier auf den verschiedenen Ebenen arbeiten und schauen, wie es gerade im europäischen Kontext gelingt, dass wir noch mehr Verbündete gewinnen.

Das Thema „Mehr Tempo“ war auch einer der Gründe, warum wir im Herbst letzten Jahres dann auch als Bundesregierung gesagt haben, wir möchten einen „doppelten Halbzeitbeschluss“ fassen. Dabei haben wir ganz bewusst gesagt, dass wir das Thema nochmal stärker in die Öffentlichkeit holen möchten. Vieles, was wir diskutieren, ist häufig auch sehr technisch. Wir haben ein großes Rahmenwerk, bei dem wir auch Indikatoren überprüfen, was vielen aber auch nicht bekannt ist. Daher ist es auch wichtig, deutlich zu machen, wie wir auch Aspekte der Agenda 2030 und die SDGs in das politische Handeln der Bundesregierung einbinden. Das war auch in Bezug auf die Kommunikation nochmal ein wichtiges Thema und gleichzeitig auch ein Weckruf in die Ressorts, um deutlich zu machen, dass da noch Hausaufgaben gemacht werden müssen. Daher ist es wichtig, dass die Ressorts

sich selber nochmal stärker darauf verständigen, was sie hier beitragen wollen. Deswegen bin ich auch sehr froh, dass wir dieses Thema am Freitag im Bundestag nochmal diskutieren. Nach der Unterbrechung der Sitzung würde ich dann eine Überleitung zur Nachhaltigkeitsstrategie machen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dann schlage ich vor, dass wir an der Stelle die Sitzung unterbrechen. Sonst werden wir ein bisschen nervös und können uns nicht mehr auf Ihre Ausführungen konzentrieren. Wir haben es jetzt zwölf Minuten vor 18:00 Uhr. Ich schlage vor, dass wir um 18:05 Uhr fortfahren. Alle Anwesenden haben dann ganz in Ruhe Zeit, an der namentlichen Abstimmung im Plenum teilzunehmen und im Anschluss hier her wieder zurückzukehren. Ich unterbreche hiermit die Sitzung.

[Unterbrechung der Sitzung 17:48 bis 18:07 Uhr]

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Sie konnten alle ganz in Ruhe an der namentlichen Abstimmung teilnehmen. Wir haben es jetzt 18:07 Uhr. Verabredungsgemäß setzen wir die Sitzung nun fort. Die Staatsministerin beim Bundeskanzler war so freundlich, ihren Vortrag kurz an geeigneter Stelle zu unterbrechen. Wir fahren jetzt fort und gehen dann in die Aussprache.

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Ich hatte vor der Unterbrechung der Sitzung meine kurze Einschätzung zum Thema „Halbzeit Agenda 2030“ vorgetragen. Diesen Punkt hatte ich beendet und möchte nun zur „Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie“ gehen. Grundlage für die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie haben wir bereits im Herbst 2022 auch durch die Sitzungen im Staatssekretärsausschuss gelegt. Wir haben ein durchaus ambitioniertes Programm. Wir treffen uns regelmäßig alle zwei Monate. An den Sitzungen nehmen Vertreterinnen und Vertreter des RNE und des Vorsitzenden des PBnE teil. Wir haben mit dem Grundsatzbeschluss auch die Entscheidung getroffen, dass wir ressortübergreifende Arbeitsgruppen in sieben Bereichen einsetzen, den sogenannten Transformationsteams. Dabei wurden zu allen



Transformationsbereichen sowie zum Hebel „Internationale Verantwortung“ jeweils Berichte erstellt, die dann im Staatssekretärsausschuss diskutiert und beschlossen wurden. Dies erfolgte auch unter Zuhilfenahme von externen Expertinnen und Experten, zum einen in der Vorbereitung auf die Transformationsberichte, aber auch in den jeweiligen Sitzungen des Staatssekretärsausschusses. Nach meiner Erfahrung hat sich das durchaus in der Form bewährt. Dadurch haben wir jetzt auch ein Fundament für die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie, wo man nun weiß, in welche Richtung man gehen kann, in dem wir eine entsprechende Textgrundlage haben, die wir weniger abstrakt, sondern auch konkret diskutieren. Das ist etwas, was sich gerade in den letzten Monaten noch mal stärker herauskristallisiert hat. Das ist jetzt die Basis. Ein weiterer Punkt, den wir uns noch jenseits der Transformationsberichte als Schwerpunkt gesetzt hatten, war auch die Frage, wie wir insgesamt mit der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitszielen im Gesetzgebungsprozess bzw. im Prozess der Erstellung von Verordnungen umgehen. Das ist ein Thema, das ja auch hier im Beirat immer mal wieder eine größere Rolle spielt. Wir haben auch geschaut, wie wir das Thema „Monitoring“ noch mal stärker ansprechen können, sowie die Themen „Off-Track“ und „Indikatorenbericht“. Das waren die Punkte, die uns bewegt haben. Gerade auch bei dem Thema „Berücksichtigung von Nachhaltigkeitszielen bei der Gesetzes- und Verordnungsgebung“ sind wir jetzt so weit, dass wir sagen, wir haben die erste Evaluation gemacht, nachdem das Bundesministerium der Justiz (BMJ) hier auch eine gute Vorlage vorgestellt hat, an der wir uns auch orientieren können, auch im Hinblick auf die Frage, was schon beim Start eines Gesetzgebungsverfahrens abgeprüft werden muss. Wir haben aber auch festgestellt, dass wir den Prozess noch mal vereinfachen wollen, damit es nicht zu zusätzlicher Arbeit führt. Deswegen muss es an bestimmten Stellen noch verschlankt werden. Wir müssen auch überlegen, was es dabei mit anderen Aspekten im Vergleich hierzu zu tun hat. Es geht aber auch insbesondere um das Thema „Weiterbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ in den Ministerien. Auch da arbeitet das BMJ sehr intensiv an Konzepten. Was haben

wir nun als Schwerpunkte für die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie herausdestilliert? Ich kann hier natürlich jetzt noch nicht alles vortragen, aber es haben sich ein paar Sachen herauskristallisiert. Natürlich bleiben wir dabei, dass wir sagen, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie muss Richtschnur für alle Politikbereiche sein, aber eben nicht nur als übergreifendes Leitprinzip, sondern im Sinne eines „Whole of Government“-Ansatzes, als Querschnittsprinzip in allen Politikfeldern. Wir brauchen nicht für alle Politikbereiche ausführliche Darstellungen. Wir haben schon einen relativ breiten Ansatz. Jetzt geht es aber tatsächlich darum, stärker Schwerpunkte zu setzen. Wir haben dann auch festgestellt, dass wir in bestimmten Bereichen relativ konkret arbeiten, in anderen aber noch nicht an der Ebene der Zielbeschreibung angelangt sind. Gerade im Bereich „Umwelt- und Klimaschutz“ haben wir gute Ziele und bzw. Gesetze, bei denen man die Ziele dann auch überprüfen kann. In anderen Bereichen, wie beispielsweise der sozialen Dimension oder dem Aspekt der Teilhabe, sind wir teilweise noch sehr abstrakt. Das wird daher einer der Schwerpunkte sein, wo wir auch stärker ein Augenmerk drauf richten werden. Beispielsweise wird dies auch im Gesundheitsteam eine große Rolle spielen. Wir wissen einfach, dass es einen sehr engen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Situation eines Landes und beispielsweise der Lebenserwartung oder auch verschiedenen Krankheitssituationen gibt. Das wird daher auch ein Thema sein. Damit landet man aber auch relativ schnell bei der Frage des Monitorings und der Indikatoren. Die waren immer ein Herzstück der Strategie. Das muss auch so sein. Gleichzeitig wird dies auch laufend fortentwickeln. Allerdings muss man auch feststellen, dass es immer mehr Indikatoren geworden sind. Wir sind, glaube ich, mal mit zwölf Indikatoren gestartet und mittlerweile sind wir bei über 70. Wenn ich jetzt alle Wünsche, die mich aus verschiedenen Kontexten erreicht haben, zusammenrechnen würde, dann wären wir jetzt sicherlich bei über 200 Indikatoren. Das wollen wir auf gar keinen Fall. Sondern wir wollen noch einmal stärker hinschauen, dass wir Indikatoren festlegen, die tatsächlich auch die Zielsetzung, die wir uns mit



der Nachhaltigkeitsstrategie gegeben haben, auch wirklich messen können. Das muss man sich noch einmal in Ruhe ansehen. Wir haben damit aber schon begonnen.

Beispielsweise ist die Adipositasquote ein Indikator, der relativ umfassend ist. Fraglich ist, ob dieser Indikator etwas über den Zustand der Gesundheit in Deutschland oder der deutschen Bevölkerung aussagt. Der Indikator ist ein wichtiger Teilindikator. Als Einzelindikator ist er aber schwierig bewertbar. Das führt aber dazu, dass man versucht, bei verschiedenen einzelnen Indikatoren immer mehr ins Detail zu gehen. Wir sind am überlegen, ob wir eine Mischung aus Leitindikatoren vornehmen, die möglicherweise den Zusammenhang zwischen Armut und Lebenserwartung oder Gesundheit besser darstellen können. Aber wie gesagt, wir sind damit noch nicht fertig. Andere Dinge haben sich durchaus auch sehr bewährt. Da sind wir aber auch in intensiven Diskussionen, beispielsweise auch mit dem Statistischen Bundesamt. Es geht ja darum, dass wir Dinge tatsächlich auch messen können. Wichtig ist auch noch mal ein Thema, das ich vorhin schon einmal angesprochen habe. Es geht um die Frage, wie wir es hinbekommen, die globalen Auswirkungen unseres nationalen Handelns besser abzubilden, also auch beim Thema „Spill Over Effekte“. Auch da arbeiten wir daran. Das ist allerdings eine Sache, die sehr schwierig ist. Da sind wir bei einzelnen Indikatoren auch noch nicht so richtig glücklich, weil es teilweise Dinge sind, die nur sehr schwer messbar sind. Mein Ziel ist nicht, dass wir irgendwie noch mal viel mehr Indikatoren kreieren, sondern es soll handhabbar sein und es muss möglich sein, dass wir das, was wir wissen wollen, auch tatsächlich messen können. Da müssen wir dann auch ehrlich auf das Set an Indikatoren drauf schauen.

Wie ist jetzt der weitere Ablauf? Wir haben die beiden Konferenzen hinter uns gebracht und auch eine ganze Reihe von Stellungnahmen und Eingaben vom RNE und einzelnen Verbänden bekommen. Wir versuchen jetzt auch auf Grundlage der Transformationsberichte eine Dialogfassung zu schreiben und möchten dann diese im März 2024 im Staatssekretärsausschuss beschließen und dann eben im zweiten Quartal 2024 in einen öffentlichen Dialog im Internet

gehen, wo wir auch das Interesse haben, dass wir da sehr niedrigschwellig die Möglichkeit geben, das Ganze zu kommentieren. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir dann auch relativ zeitnah nach der Behandlung und Konsolidierung im Staatssekretärsausschuss hier im Beirat noch mal die Möglichkeit haben, die Dialogfassung zu diskutieren. Wir können gerne auch im Anschluss schon mal in eine Terminfindung einsteigen. Das fände ich sehr schön, wenn wir hier noch mal einen direkten Austausch hätten. Nach Abschluss der Dialogphase werden wir natürlich die Anmerkungen auswerten, um dann zu schauen, was noch zu überarbeiten ist und welche konkreten Punkte wir haben. Das bezieht sich auch auf sonstige Hinweise und Eingaben. Daher ist damit zu rechnen, dass wir noch mehr Stellungnahmen bekommen werden. Das werden wir dann natürlich auch mit aufnehmen. Dann werden wir noch mal eine intensive Phase der Ressortabstimmung haben. Wir werden auch noch die eine oder andere Schleife im Staatssekretärsausschuss drehen. Aber die Zielsetzung ist, dass wir im Oktober bzw. November 2024 dann zu einer Beschlussfassung kommen, damit wir auch eine Fokussierung auf die genannten Punkte haben, also beispielsweise bei der Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, dem Umwelt- und Klimaschutz und natürlich auch bei der Frage von sozialer Teilhabe und sozialen Rechten. Aber es geht auch um das Bildungsthema und Fragen der internationalen Verantwortung und Teilhabe sowie einzelner Aspekte im Bereich der globalen und nationalen Generationengerechtigkeit.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ein herzliches Dankeschön für die vielfältigen Impulse, die wir von Ihnen bekommen haben. Tatsächlich ist das Ganze eine Mammutaufgabe. Ich selber halte mich mal für den Moment zurück mit meinen Fragen, auch wenn ich selbst welche habe. Aber ich schaue mal in die Runde. Wir haben ja keine festgelegte Redereihenfolge, sondern ich gehe nach den Wortmeldungen vor. Zunächst Herr Blankenburg, dann Herr Dr. Kraft, Herr Schreiner, Herr Stefinger, Frau Ganserer und Frau Rudolph. Bitte in dieser Reihenfolge.

Abg. Jakob Blankenburg (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, Frau Staatsministerin für den Impuls und auch die unterschiedlichen



Aspekte, die das Thema „Nachhaltigkeit“ hat. Darauf sind Sie gut eingegangen. Zum einen in Bezug auf die internationale Perspektive, aber auf der anderen Seite natürlich auch bezüglich der Frage, was das für uns in der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bedeutet. Auch vielen Dank für die Zusage, zur weiteren Diskussion erneut in den Beirat zu kommen. Ich glaube, das ist für uns ein Ansporn, dann nochmal ausführlich hierüber zu beraten und der Frage, wie wir das aus parlamentarischer Sicht begleiten können. Das ist dann unsere Aufgabe für die nächsten Monate.

Ich hätte eine Nachfrage. Sie haben ja gerade in Bezug auf die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sehr konkret gesagt, was sie da auch in Bezug auf die Indikatoren unternehmen wollen. Ich habe nochmal eine Frage zu den sechs Transformationsbereichen, die ja eine wichtige Rolle spielen. Sie haben ja in Ihrem Beschluss im Herbst formuliert, dass Sie sich neben den bekannten sechs Transformationsbereichen auch auf sogenannte „Hebel“ fokussieren wollen. Können Sie dazu vielleicht nochmal etwas zu sagen? Was sind diese „Hebel“ in Bezug auf die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und auch auf die Nachhaltigkeitsarchitektur?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Nur ganz kurz: Ich vergaß zu sagen, dass für die Frage und die Antwort zusammen ungefähr fünf Minuten vorgesehen sind. Die Uhr für die Redezeit läuft mit.

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Ein Hebel ist zum einen der internationale Bereich. Die Transformationsbereiche haben ja einen Querschnittscharakter und bestimmte Themen sind dann eben nur im internationalen Kontext auch lösbar. Da ist zum einen das, was ich auch angesprochen hatte, dass wir uns natürlich darum kümmern wollen, wie wir auch die verschiedenen multilateralen Organisationen, die wir haben, auch stärken können. Wir sehen, dass es hier ein Problem im Bereich der Handlungsfähigkeit gibt. Die Vereinten Nationen hatte ich angesprochen. Wir haben aber beispielsweise auch das Thema „Reform der Weltbank“, wo sich ja auch die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Svenja Schulze, sehr stark engagiert hat. Das ist ein

wichtiger Punkt. Aber es geht auch um die Frage, wie man binationale Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen unterstützen kann. Ich habe das Thema bzw. das Beispiel vorhin genannt. Das sind für uns Hebel, um beispielsweise im globalen Kontext Armut zu bekämpfen, aber auch die Folgen des Klimawandels hinzubekommen, damit die Dinge, für die wir Geld in die Hand nehmen, nicht verpuffen.

Der zweite Punkt bezieht sich auf das Stichwort „Geld“. Das ist der ganze Bereich der Finanzierung. Auch da habe ich den Bezug auf den internationalen Kontext schon genannt. Das ist die Frage, wie wir mit verschuldeten Staaten umgehen und wie wir beim Thema „Klimaschutz“ und „Klimafolgen“ hier auch Geld aktivieren können. Aber es dreht sich natürlich auch um die Frage, wie wir Geld für eine nachhaltige Transformation aktivieren können. Das ist eines der Themen, die wir auch in der nächsten Sitzung des Staatssekretärsausschusses besprechen werden, also unter anderem die Frage von „Sustainable Finance“. Ich finde die Diskussion über die Schuldenbremse, die ja immer wieder geführt wird, verengt ja ein bisschen das, um was es tatsächlich geht, nämlich auch um die Frage, wie wir tatsächlich Lasten zwischen Generationen verteilen. Dabei geht es auch um finanzielle Fragen. Das ist einer der Aspekte. Das hat ganz verschiedene Dimensionen. Es geht ja tatsächlich um das Thema „Investitionsanreize“, aber es geht auch darum, wie man beispielsweise Dinge dadurch „hebeln“ kann, dass man neue Konstruktionen nutzt und wie man auch neben der Weltbank und den übrigen Entwicklungsbanken beispielsweise auf eine andere Art von Governance setzt. Das sind die beiden Hebel, die wir da auch in der Diskussion haben, die dann inhaltlich befüllt werden mit dem, was in den Transformationsbereichen auch ausgearbeitet wird.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Es bestünde die Möglichkeit für eine kurze Nachfrage. Das ist nicht der Fall. Dann habe ich jetzt Herrn Dr. Kraft und danach Herrn Schreiner.

Abg. Dr. Rainer Kraft (AfD): Vielen Dank für den Bericht, insbesondere dass Sie die internationale Zusammenarbeit angesprochen haben. Die



Nachhaltigkeitsziele sind zwar formell alle gleichwertig, aber ich komme nicht umhin zu bemerken, dass einige SDGs Grundvoraussetzung für andere sind, nämlich namentlich die SDGs 16 und 17 mit Bezug auf starken Institutionen und die Durchsetzung des Rechtsstaates. Wie kann ein Staat, der bereits sein Landesrecht und seine Politik nicht mehr durchsetzen kann, sich in Richtung eines nachhaltigen Pfads bewegen? Diese Frage ist durchaus auch inspiriert von meiner Mitgliedschaft in der Deutsch-Mexikanischen Parlamentariergruppe. Das Land Mexiko leidet unter massiver Gewalt und unter großen Problemen bei der Rechtsstaatlichkeit. Die Aufklärungsquote für Kapitalverbrechen liegt bei lediglich etwa zwei Prozent. Das heißt, die mexikanische Regierung hat formell alles, was ein Rechtsstaat braucht, ist aber nicht in der Lage, auf dem Gebiet des mexikanischen Staates Recht durchzusetzen. Es gibt weitere Beispiele. Diese hängen nicht nur davon ab, ob es dort die Demokratie gibt oder nicht, das betrifft auch die geografischen Systeme bzw. Länder wie beispielsweise Venezuela, die mit der Erosion ihres Rechtsstaates zu tun haben, aber auch Länder wie Südafrika oder andere Länder.

Haben Sie im Bundeskanzleramt gemeinsam mit Ihren europäischen und den anderen Partnern eine Vorstellung, wie man es im Rahmen von Nachhaltigkeitsziel 17 bei der internationalen Zusammenarbeit schafft, dass man Staaten wieder dazu befähigt, damit diese zu einer verstärkten Durchsetzung des Rechts kommen können und in Folge dessen die Ziele aus SDG 16, nämlich den Aufbau und die Verteidigung funktionierender staatlicher Strukturen, wieder besser durchsetzen können, bevor ein Staat auf einer schiefen Ebene gelangt, mit der Folge, dass dieser langsam anfängt abzurutschen? Ich beobachte diesen Effekt in Mexiko. Ich bin im siebten Jahr im Deutschen Bundestag, sechs Jahre in der von mir genannten Parlamentariergruppe und es ist bisher nicht besser geworden. Wie kann Deutschland mit seinen internationalen Partnern dabei helfen, wenn es der betroffene Staat selber nicht mehr schafft?

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Das ist in der Tat eine gute Frage. Das Thema war auch eine spannende Diskussion in New York mit den dortigen Vertreterinnen und

Vertretern und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die auch in Teilen festgestellt haben, dass in dem Land, in dem sie gerade leben, auch eine Erosion staatlicher Handlungsmöglichkeiten besteht. Für uns ist auch einer der Fragen, wohin können wir das überhaupt noch adressieren? Das ist tatsächlich ein Thema. Wir haben eine Vielzahl von Sicherheitspartnerschaften mit ganz verschiedenen Staaten. Wir unterstützen diese Länder dabei, beispielsweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Sicherheitsbehörden auszubilden. Aber auch Erfahrungs- und Wissensaustausch findet statt, wenn es um Fragen zum Thema „Korruption“ geht. Das ist auch ein Themenkreis, wo dann ein intensiver Austausch stattfindet. Das ist natürlich etwas, was nicht einfach zu lösen ist. Man muss auch die Bereitschaft im jeweiligen Land haben, diese Hilfe dann auch anzunehmen. Aber wir haben gerade mit verschiedenen Ländern in Südamerika eine intensive Zusammenarbeit. Es gibt ja in anderen Bereichen internationale Vereinbarungen, beispielsweise im Kontext vom Thema „Geldwäsche“, wo wir auch Regime haben, mit denen es internationale Vereinbarungen und Abkommen gibt, bei denen man auch versucht, sich bei der Bekämpfung des Problems gegenseitig zu unterstützen. Das betrifft auch den Bereich „Steuerhinterziehung“. Das Problem ist, dass staatliche Autoritäten die Bekämpfung dieser Probleme natürlich unterminieren. Das Ganze fängt ja an einer entsprechenden Stelle an und läuft dann immer weiter. In Folge dessen bekommen solche kriminellen Strukturen die Oberhand. Das ist in der Tat ein Thema, das wirklich wichtig ist. Dann haben wir auch Staaten wie Mexiko, wo es an verschiedensten Stellen Probleme gibt. Natürlich haben wir auch andere Staaten in der Welt, wo man sagen muss, sie haben den Zustand von „Staatlichkeit“ praktisch schon verloren, weil es einfach kein funktionierendes Staatswesen mehr gibt. Die Frage, wie kann man da etwas ändern, ist auch ein wichtiger Gegenstand internationaler Diskussionen. Das ist etwas, wo wir auch versuchen, uns einzubringen. Das Wichtigste ist in der Tat erst einmal, dass man eine Struktur hat, auf die man aufsetzen kann. In diesem Bereich bemühen wir uns auch sehr, hier entsprechend anzusetzen. Da gibt es auch verschiedene Ansätze. Dies betrifft einerseits den zivilgesellschaftlichen



Diskurs. Ein weiterer Ansatz dabei ist aber tatsächlich auch die Zusammenarbeit mit den teilweise noch vorhandenen staatlichen Strukturen und auch den Nachbarländern der betroffenen Region, sodass wir versuchen, die Probleme mit den Ressourcen vor Ort zu lösen, die dort vorhanden sind, um dadurch in diesen Ländern Hilfeleistung zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Bevor ich Herrn Schreiner das Wort erteile, nur der Hinweis, dass sich die Beiratsmitglieder weiterhin zu Wort melden können. Ich versuche, die Wortmeldungen zu erfassen und würde dann die Redeliste entsprechend ergänzen. Als nächstes spricht Herr Schreiner und dann Herr Dr. Stefinger.

Abg. **Felix Schreiner (CDU/CSU):** Vielen Dank, Frau Staatsministerin, dass Sie heute da sind und wir über die Themen diskutieren können. Ich bedanke mich an der Stelle für unsere Fraktion auch nochmal für den Austausch, den wir im Bundeskanzleramt hatten. Nicht nur, weil es mal wieder schön war, dort Gespräche zu führen, sondern weil es auch inhaltlich wirklich sehr gut war und man Ihnen Ihre Standpunkte auch persönlich abnimmt. Das schicke ich bewusst vorweg, weil ich natürlich auch kritisch mit Ihrem Halbzeitbericht umgehe. Das können Sie sich sicherlich auch denken. Ich glaube, dass wir alle den Diskussionsprozess über die Nachhaltigkeitsziele ganz überwiegend teilen, sonst würden wir uns nicht für die Mitarbeit im PBnE interessieren bzw. mitarbeiten. Was ich vorhin bereits gesagt habe, möchte ich an dieser Stelle nochmal wiederholen, da die Staatsministerin nicht da war. Ich mache mir wirklich Sorgen, dass wir aufgrund politischer Prozesse und sich täglich ändernden Tagesordnungen eben nicht mehr in der Lage sind, an wichtigen Dingen, auch über Legislaturperioden hinweg, gemeinsam zu arbeiten. Ich mache mir da wirklich angesichts des einen oder anderen Protestes in unserem Land gerade Sorgen, bei denen ich auch nicht alles teile, aber weil dann oft verallgemeinert wird und in Folge dessen auch möglicherweise viele Nachhaltigkeitsziele plötzlich über Bord geworfen werden, die wir aber dringend weiter verfolgen müssen.

Ich möchte kurz auf Ihre Bilanz und den Bericht

eingehen. Was mich ein bisschen wundert, ist, dass Sie verschiedene narrative Beispiele formulieren, die Sie ja dann letztlich auch mit Ihrem Namen unterschreiben. Wenn Sie beispielsweise als ersten Punkt bzw. als wichtigstes Nachhaltigkeitsziel und den damit verbundenen großen Erfolgen, nämlich dem Bürgergeld, vortragen, dann muss ich natürlich auch entgegenhalten, dass es natürlich auch Kritik am Bürgergeld gibt, insbesondere in Zeiten einer sich veränderten Haushaltslage mit über zwei Milliarden Euro Mehrkosten, aber vor allem auch im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit in unserem Land, die Sie in Ihrer Begründung anführen. Aus meiner Sicht bewirkt das gerade das Gegenteil, da es natürlich eine Debatte zwischen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gibt, die befürchten, dass Sie das Leistungsprinzip und auch das Lohnabstandsgebot außer Kraft setzen. Dies nur als ein Beispiel. Deswegen wundere ich mich, dass dieser Punkt so prominent im Nachhaltigkeitsbericht vorkommt. Für mich persönlich ist der viel größere Punkt das Thema „Haushalt“. Sie schreiben unter Punkt 8 in dem Bericht, ich will das wirklich konkret machen, dass Sie aufgrund der Einhaltung der Schuldenbremse die Finanzpolitik resilienter und tragfähiger gemacht haben. Sie wissen, dass es am 15. November 2023 ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts gab, das gerade diesen Haushalt, um den es hier geht, in „Grund und Boden“ geurteilt hat. Dabei ging es um die Schuldenermächtigung aus der Corona-Zeit. Ich will an dieser Stelle gar nicht ins Detail gehen. Aber ich will sagen, dass ich das angesichts von 232 Milliarden Steuereinnahmen des Bundes im Jahr 2023 schwierig finde. Die Schuldenbremse wurde nicht eingehalten. Sie wurde im Nachtragshaushalt sogar mit einer sehr fragwürdigen Begründung nochmal außer Kraft gesetzt. Warum sage ich das? Ich finde es schwierig, wenn Sie dann als Beispiel in Ihrem Bericht einen Punkt erwähnen, der gerade so nachhaltig und besonders erfolgreich sein soll. Aus meiner Sicht und aus Generationengerechtigkeit und in Bezug auf nachhaltige Finanzen ist eben dieser Punkt gerade nicht nachhaltig. Sie gestatten, dass ich das an der Stelle vielleicht auch schon mal kritisch sage. Hierzu haben wir ja am Freitag noch eine Debatte.



Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Sie können direkt antworten.

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Das ist ja genau das, wo wir ja auch hin müssen. Ziel muss es sein, dass wir irgendwie wegkommen von der Frage, dass wir uns immer alle einig sind. Das ist ja das, worüber wir hier in dieser Runde beim letzten Mal auch gesprochen haben. Wir stehen ja vor der Herausforderung, dass wir alle wollen, dass das Thema präsenter wird und dass darüber auch wirklich ernsthaft gestritten wird. Dann heißt es natürlich auch, dass man, wenn Sie Kritik über einem Beschluss des Kabinetts üben, natürlich über die einzelnen Punkte auch lange diskutieren kann und der Frage, ob dabei Aspekte von „Nachhaltigkeit“ berücksichtigt wurden. Wir halten als Bundesregierung, um das jetzt auch konkret zu werden, beispielsweise die Einführung des Bürgergeldes für ein wichtiges Element, weil es eben nicht nur um die Frage geht, die von Ihrer Partei ja auch immer wieder kritisiert wurde. Ich habe beim Thema „Lohnabstand“ auch eine andere Einschätzung als Sie. Ich bin überzeugt, dass es sich immer lohnt, zu arbeiten und dass unser Sozialsystem genauso auch ausgelegt ist. Gerade die Aspekte, die wir auch im Antrag aufgegriffen haben, nämlich dass wir einen stärkeren Fokus auf Aus- und Weiterbildung vornehmen, ist wichtig. Das bedeutet, dass es nicht mehr zwingend einen Vermittlungsvorrang gibt. Das heißt, dass man auch in der Lage sein muss, Menschen in Weiterbildung zu vermitteln. Wir glauben, dass es nachhaltiger ist, die Betroffenen möglicherweise auch länger in einem Job zu halten. Das sind irgendwie Punkte, über die man dann ganz konkret auch ringen und streiten muss. Das ist das, wo man am Ende dann auch hinkommt. Das ist an dieser Stelle die Positionierung der Bundesregierung zu dem Thema. Wenn ich jetzt noch ein bisschen mehr Zeit hätte und wir nur den einen Schwerpunkt hätten, könnte man hierüber lang und breit diskutieren. Aber das ist genau das, was wir uns eigentlich doch auch wünschen sollten, nämlich genau darüber zu diskutieren. Es soll ja konkrete Politik sein, die sich aus den Nachhaltigkeitszielen ergibt.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank – auch für den Blick auf die Uhr für die

Redezeit. Das freut besonders Herrn Dr. Stefinger, der jetzt nämlich als nächster Redner dran ist. Im Anschluss folgt dann Frau Ganserer.

Abg. Dr. Wolfgang Stefinger (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Frau Staatsministerin, vielen Dank. Ich habe ein paar Themen, vor allem auch aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Hier ist ja gerade die Agenda 2030 in besonderer Weise immer wieder im Fokus. Von daher würde mich Ihre Einschätzung interessieren, gerade auch, wenn man aus Ihrer Koalition verschiedene Äußerungen hört, insbesondere, was den Etat im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit angeht. Wie schätzen Sie das ein, insbesondere wie Sie die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele auch tatsächlich gewährleisten wollen. Ich bin ein Stück weit überrascht, dass das Wort „Ernährungssicherheit“ lediglich einmal in Ihrem Bericht vorkommt. Gerade das Thema „Armutsbekämpfung“ und eine „Welt ohne Hunger“ sind ja doch wesentliche Nachhaltigkeitsziele. Von daher würde mich auch Ihre Einschätzung dazu interessieren und inwieweit Sie hier auch mit eingebunden sind als Staatsministerin für den Bereich „Nachhaltigkeit“, damit hier auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Einen zweiten Punkt möchte ich ansprechen. Wir hatten ja im letzten Jahr die Klimakonferenz der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change, COP). Wir hatten heute dieses Thema auch im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Dabei ging es auch um die Ergebnisse der COP 24. Ich fand es interessant, wenn ich die Äußerungen auch aus dem BMZ vernommen habe, dass man mit der Verhandlungsführung im Wirtschaftsministerium nicht unbedingt immer einverstanden war, insbesondere was auch Artikel 6 im Pariser Klimaabkommen betrifft, nämlich dem Emissionshandel. Hier ist eine Chance vertan worden, insbesondere auch, um Entwicklungsländer beim Aufbau einer nachhaltigen und CO₂-freien bzw. CO₂-vermindernden Wirtschaft zu unterstützen. Da würde mich mal interessieren, inwieweit Sie auch hier eine Vermittlerrolle zwischen dem BMZ und dem Bundesministerium für Wirtschaft und



Klimaschutz (BMWK) hatten und ob Sie auch im Vorfeld in die Strategie der Verhandlungsführungen der Bundesregierung mit eingebunden waren.

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Ich würde gerne mit dem Thema „Erreichung der Ziele“ beginnen. Ich habe ja gesagt, dass dieser Weg sehr ambitioniert sein wird. Ich möchte das Thema aber jetzt nicht bereits abschreiben. Unsere Zielrichtung muss sein, so nah wie möglich an die Erreichung der Ziele heranzukommen. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir dafür eine deutliche Stärkung der internationalen Organisationen brauchen. In der Vergangenheit wurden vor allem innenpolitische Themen behandelt. Ich bekomme dabei mit, wie wenig greifbar manchmal Dinge sind oder wie sich die Dinge leider auch zum Negativen verändert haben. Dann merkt man, dass wir diese Plattformen brauchen, mit denen dann auch etwas durchgesetzt werden kann. Ich glaube, vieles von dem, was wir jetzt machen, kann das BMZ sicherlich nochmal detaillierter in Bereichen beschreiben, wo wir auch viel stärker binational arbeiten. Das sind alles Dinge, die wir früher anders gemacht hätten. Das ist etwas, wo wir auch wirklich zurückkommen müssen. Das ist ja auch etwas, bei dem sich die Bundesregierung sehr stark dafür einsetzt. Das ist uns sehr wichtig. Wenn man im Transformationsbericht einmal hineinschaut bzw. in den Transformationsbericht zum Hebel „Internationales“, dann ist das auch ein Element, das wir sehr stark betonen. Es muss auch eine Strategie der Bundesregierung sein, diese Institutionen zu stärken.

Das zweite Element, das wir als Hebel stark verankert haben, ist das Thema „Verschuldung“. Davon hängen auch die Themen „Armutsbekämpfung“ und „Ernährungssicherheit“ stark ab. Wir haben Länder, die mittlerweile mehr für den Schuldendienst zahlen, als ihr gesamter Haushalt darstellt. Deswegen haben wir ja auch einen starken Fokus drauf gesetzt, um nachzusehen, wie wir mit dieser neuen Gläubigerstruktur, die wir mittlerweile haben, umgehen. Wir sind einfach in der Situation, dass wir gerade auch mit China Partnerländer haben, die überhaupt kein Interesse daran haben, Staaten irgendwann wieder aus deren Abhängigkeit zu entlassen. Und das ist ja

etwas, wo wir auch im Rahmen des Konzepts „Coming Framing for Detriments“ versuchen zu sagen, wir müssen auch sicherstellen, dass die Staaten überhaupt eine Chance haben, da wieder „Land zu sehen“. Das sind zwei Aspekte, die uns sehr wichtig sind.

Sie hatten gefragt, welche Rolle ich konkret bei der Verhandlung der Strategien spiele? Das Bundeskanzleramt ist regelmäßig auch mitbeteiligt. Wir machen natürlich auch unsere Anmerkungen. Die Hauptaufgabe ist aber vor allem, dass wir in der Vorarbeit dafür sorgen, dass wir einen Rahmen haben, an dem sich auch solche Strategien orientieren. Das ist etwas, wo wir auch im Staatssekretärsausschuss sehr stark drauf geachtet haben, dass wir davon wegkommen, einfach nur ein Papier zu formulieren, über das sich in keinem Ausschuss mehr gestritten wird, weil da nichts Konkretes drin steht. Das ist etwas, woran wir intensiv arbeiten wollen. Insbesondere ist es eine gewisse Verbindlichkeit, auf die wir uns bei diesem Thema verständigt haben. Es wäre eine komplette Überforderung der Rolle, die ich habe, wenn ich zu jedem Thema nochmal die Position des jeweiligen Ministeriums quasi „spiegle“. Wir sind da aber auch mit dabei und wir heben den Finger, wenn wir sagen, da gibt es eine Stelle, die aus unserer Sicht so nicht passt.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Das Thema „Internationales“ werden wir demnächst auch hier im Beirat auf der Agenda haben. Dazu sage ich gleich noch etwas zu. Aber zunächst ist Frau Ganserer an der Reihe und anschließend Frau Rudolph.

Abg. **Tessa Ganserer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Frau Staatsministerin, Sie haben die Herausforderungen auf internationaler Ebene mit dem Stichwort „Halbzeitagenda 2030“ benannt. Die Herausforderungen sind neben dem Halbzeitbericht gewaltig. Dazu passt ja auch, dass Wissenschaftler Ende letzten Jahres gewarnt haben, dass wir bereits sechs der neun planetaren Grenzen überschritten haben. Ganz aktuell weißt auch der Oxfam Bericht darauf hin, dass die Kluft zwischen Arm und Reich deutlich zugenommen hat. Die Herausforderungen sind gewaltig. Sie haben auch schon deutlicher ausgeführt, wie



wichtig die Stärkung von internationalen multilateralen Institutionen ist. Diese Einschätzung teile ich. Zwischen unserer nationalen Ebene und multilateralen Institutionen liegt eine weitere, nämlich die EU. In diese Richtung geht auch meine Frage. Inwiefern haben Sie hier bei Ihren Forderungen bzw. Positionen auch die Unterstützung der europäischen Institutionen? Gibt es einen Gleichklang, auch im Hinblick, dass dieses Jahr Europawahlen sind und die zukünftige Kommission die letzte sein wird, die noch einen Beitrag dazu leisten kann, dass die Agenda 2030 auch umgesetzt wird?

Mein zweiter Punkt ist die nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Vielen Dank für Ihr Angebot, dass Sie nochmal zu uns in den Beirat kommen möchten, wenn der Entwurf vorliegt. Das Angebot würden wir sehr gerne wahrnehmen. Dabei schaue ich jetzt nicht Sie, sondern meine Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen an. Ich würde mir auch wünschen, wenn wir als PBnE, auch wenn dieser im Parlament nur beratende Funktion hat, hier unsere Positionen Ihnen gegenüber auch verschriftlichen und wir in den Austausch kommen.

Mein letzter Punkt bezieht sich auf Ihre Ausführungen zum Indikatorenbericht. Auch bei uns schlagen bei diesem Thema zwei Herzen in unserer Brust. Ich würde mir im Detail bei der Weiterentwicklung bzw. bei der Überarbeitung gegebenenfalls zusätzliche Indikatoren wünschen, um die Situation noch detailschärfer zu betrachten. Aber ich glaube, wir müssen Politik ja auch den Menschen vermitteln und Menschen mitnehmen. Daher glaube ich, hat der gewachsene Indikatorenbericht mittlerweile eine Detailtiefe, die die Massen für das Thema „Nachhaltigkeit“ nicht mehr so richtig begeistern kann. Daher würde ich mir auch wünschen, wenn es vielleicht an dieser Stelle eine Zweiteilung geben würde. Zum einen sollte es Leitindikatoren geben und andererseits für die Fachwelt dann noch tiefer gehende Indikatoren. Ich halte es für wichtig, dass wir den Menschen auch vermitteln können, was wir damit wollen und sie auch mitnehmen und für das Thema begeistern können.

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Ich beginne mit der europäischen Ebene. Grundsätzlich muss man ja sagen, dass viele Punkte, die jetzt in der

Nachhaltigkeitsberichterstattung auch gerade für Unternehmen etc. oder auch im Bereich Finanzen eine Rolle spielen, Impulse gewesen sind, die von der europäischen Ebene kamen. Da gibt es eine gute Tradition. Gerade auch, was das Rahmenwerk angeht. Das ist eine wichtige Ebene. Weil es einen Rahmen setzt, den wir ja auch brauchen. Natürlich ist es so, und da darf man sich ja auch nichts vormachen, dass die Welt sich verändert. Wir müssen feststellen, dass es durchaus auch in Europa immer mehr Staaten gibt, deren Fokus mittlerweile vielleicht auch woanders liegt. Das ist kein Thema, das irgendwie einfach läuft. Das, was ich auf der internationalen Ebene geschildert habe, das gilt ja auch ein Stück weit für die europäische Ebene. Daher muss man immer wieder neu dafür werben. Ich merke auch, dass dieses Bild ein bisschen abgeflaut ist. Das ist etwas, wo wir ja auch sehr dafür kämpfen, dass es wieder anders wird, indem wir an bestimmten Stellen, beispielsweise auch im Rahmen der COP, aber auch in New York und dann aber auch beispielsweise mit dem „Summit of the Future“ versuchen, wieder auf das Thema zu setzen und feststellt, dass man hier auch wieder zusammenarbeiten muss. Natürlich hätte es einen ganz anderen Stellenwert, wenn wir auch in Europa eine stärkere Geschlossenheit hätten. Das ist sicherlich so.

Was das Thema „Indikatoren“ angeht, hatten Sie es ja auch schon beschrieben. Ich habe vorhin bei meinen Ausführungen sehr transparent meine Gedanken mit der Offenheit geteilt, dass wir da noch keine richtige runde Lösung haben. Auch das Thema „Leitindikatoren“ ist ja beispielsweise eins, was der RNE anfangs relativ stark verfolgt hat. Mittlerweile gibt es da auch Überlegungen, ob das denn tatsächlich passt. Da gibt es ja auch entsprechende Diskussionen. Man muss dabei auch ein bisschen aufpassen, dass man sich da nicht verrennt. Aber ich glaube schon, dass es irgendwie wichtig ist, dass wir da nochmal kritisch drauf schauen und es am Ende nicht zu viele Indikatoren werden. Wir haben relativ viel Berichterstattung. Die ist teilweise auch uneinheitlich und wir müssen eben auch überlegen, inwieweit das noch zielführend und vermittelbar ist. Bei manchen Indikatoren ist es einfach auch ein bisschen zu kleinteilig. Das merkt man schon daran, wenn man sie sich das mal durchliest. Wenn wir hierüber diskutieren



würden, dann würden jedem zwei Indikatoren einfallen, wo gefragt würde, ob wir diese überhaupt noch brauchen. Das muss man an dieser Stelle abwarten. Das ist einer der Punkte, wo wir noch den großen Diskussions- und auch fachlichen Beratungsbedarf haben. Das sage ich an dieser Stelle ganz offen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Auf meiner Redeliste stehen jetzt noch Frau Rudolph und dann ich selber. Deswegen schaue ich nochmal kurz in die Runde. Frau Menge nehme ich gerne noch auf. Dann haben wir also Frau Rudolph, Frau Menge und dann mich selbst. Bitteschön.

Abg. **Tina Rudolph (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Es ehrt Sie sehr, dass Sie uns allen den Vortritt lassen. Ganz herzlichen Dank Frau Staatsministerin, auch für die Bemühungen, die Sie jeden Tag investieren, um die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen. Ich glaube, das eint uns auch in diesem Beirat. Gleichzeitig ist es natürlich ein frustrierender Ausblick, wenn man sieht, wie viel auch nicht erreicht wurde. Darüber hinaus ist es ja eine geschichtliche Betrachtung, dass man im Lauf der Zeit immer wieder an einer Stelle abbiegt und manchmal auch gar nicht weiß, wie würde es eigentlich aussehen, wenn wir das anders gemacht hätten. An welcher Stelle würden wir stehen, wenn wir uns diese Ziele nicht gesteckt hätten? An welcher Stelle würden wir stehen, wenn es keine Evaluation, kein Berichtswesen, keine Rechenschaft darüber geben würde? Ich glaube, dass wir insgesamt trotzdem immer noch auf einem guten Weg sind und es dabei wichtig ist, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass wir diese Ziele erreichen. Ich würde gerne auch eine Frage zum Indikatorenbericht und zu den Indikatoren stellen. Kollegin Ganserer hatte das ja bereits thematisiert. Dankenswerterweise hatte sich der Beirat mit dem Thema bereits befasst und ein bisschen „Gehirnschmalz“ investiert, mit dem Ziel, die Indikatoren und den Indikatorenbericht weiter zu entwickeln. Wir haben uns natürlich auch Gedanken gemacht, dass wir niemandem das Leben unnötig schwer machen wollen, sei es das Statistische Bundesamt oder wem auch immer, indem wir diesen Institutionen noch mehr Arbeit aufbürden. Gleichzeitig möchte ich an einem Beispiel konkret benennen, wie wir eine differenziertere Betrachtungsweise im

Indikatorenbericht oder auch in anderen Berichten hinbekommen. Sie haben es selber auch schon angesprochen. Ich mache es mal konkret am Indikator „Vorzeitige Sterblichkeit“ deutlich. Dies trifft aber auf andere Indikatoren zu. Wir haben eine Unterscheidung an Hand des Geschlechts. Männer und Frauen werden getrennt erfasst. In Zeiten der Pandemie gab es noch mal eine Art Ost- Westbetrachtung, weil da auch Unterschiede auffällig waren. Ansonsten haben wir bei vielen Indikatoren einen durchschnittlichen Wert. Das heißt, wir können sehen, wie entwickeln sich der Indikator im Durchschnitt, ohne die Streuung exakt zu treffen. Gerade bei der Lebenserwartung sind es zwei sehr unterschiedliche Zielsetzungen. Wir wollen, dass dieser Wert insgesamt nach oben geht und dass alle die gleichen Chancen auf eine gewisse Lebenserwartung haben. Dabei sind gewisse Mediatorvariablen stark. Der ökonomische Faktor ist auch zu berücksichtigen. Man kann natürlich sagen, dass die Schulbildung meistens mit den finanziellen Mitteln korreliert. Das ist der sozioökonomische Hintergrund. Das würde mich einfach mal generell interessieren, auch im Hinblick auf ihre persönliche Haltung. Wie kann man das insgesamt deutlicher machen? Es kann nicht nur um eine durchschnittliche Verbesserung dieser Indikatoren gehen. Es stellt sich die Frage, wie können wir vor allem sicherstellen, dass wir insgesamt gesellschaftlich die Streuung minimieren und damit das Versprechen, dass wir sicherstellen, dass es allen gut bzw. besser geht, einlösen?

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Sie weisen genau auf das Problem hin, dass wir tatsächlich haben. Man könnte natürlich bei vielen Indikatoren, die wir haben, im Detail Dinge noch mal aufschlüsseln. Man hat sich in der Tat in den meisten Fällen für etwas entschieden, was einen gewissen Durchschnitt abbildet. Das ist genau der Punkt, bei dem wir noch nicht genau die Lösung haben. Wenn man dies konkreter haben möchte, dann besteht auch die Gefahr, es sind ja heute auch einige Sozialwissenschaftler in der Runde, zu etwas zu kommen, wo man dann irgendwelche Korrelationen und Kausalitäten miteinander vermengt, weil man zu detailliert an die Sache geht. Ich gebe zu, ich druckse jetzt an der Stelle noch ein bisschen herum, weil wir die Lösung



noch nicht gefunden haben. Die Frage ist aber ja auch ein bisschen, was möchten wir eigentlich mit dieser Liste an Indikatoren abbilden, die wir ja an in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie einfließen lassen und dann auch eng überwachen? Wir wollen insbesondere damit deutlich machen, ob wir grundsätzlich im Zeitrahmen mit dem sind, was wir machen. Man könnte natürlich auch zu der Entscheidung kommen und sagen, wir machen die Konzeption ein bisschen breiter. Die dahinterliegenden Variablen, die werden ja sowieso noch mal an anderer Stelle erhoben. Wir haben vorhin das Thema Adipositasquote betrachtet. Ich halte diesen Indikator auch gar nicht für einen irrelevanten Faktor. Jeder Gesundheitspolitiker würde das auf jeden Fall auch so sehen. Nur weil das da nicht drin steht, heißt es ja nicht, dass es im Gesundheitsministerium nicht erhoben wird. Das ist so ein bisschen die Frage, wo wir auch nochmal überlegen müssen, können wir das nicht auch in ein Setting bringen, indem man sagt, es gibt sogenannte „Live-Indikatoren“? Mittlerweile habe ich aber auch gelernt, dass dies ein verbrannter Begriff ist, den nicht alle toll finden. Könnte man aber nicht sagen, ich habe die Indikatoren, die mir deutlich machen, ob wir in unserer Strategie im Zeitrahmen sind und das, was ich als Steuerung für die Politik wirklich brauche, dann mit der entsprechenden Fachlichkeit hinterlege? Das ist so ein bisschen die Diskussion, die wir gerade noch führen. Bei manchen Indikatoren kann man über eine leichte Anpassung tatsächlich auch noch mal besser in die Dinge hineinschauen. Zu Beginn sollte dies erst einmal von unten, also aus der Froschperspektive erfolgen. Wir schauen aber auch von oben auf die Dinge und stellen uns die Fragen, ob es eigentlich das ist, was wir auch als Information tatsächlich brauchen. Gegebenenfalls muss man dann ehrlicherweise auch feststellen, weil man auch damals weniger Daten hatte, als es ursprünglich konzipiert war, dass es einfach fortgeschrieben wurde. In bestimmten Bereichen misst man einfach die Dinge, die man messen kann bzw. zu dem Zeitpunkt messen konnte. An diese Punkte gehen wir aber sehr kritisch heran.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Als nächstes kommt dann Frau Menge und danach ich selber. Ich schau ein letztes Mal in die Runde. Damit schließe ich die Redeliste.

Abg. Susanne Menge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dankeschön, Herr Vorsitzender. Dankeschön Frau Ryglewski für Ihren Vortrag. Ich bitte zunächst um Entschuldigung, dass ich erst jetzt dazugekommen bin. Verzeihen Sie mir bitte, wenn ich noch einmal etwas frage, was Sie eventuell schon beantwortet haben. Den Prozess, den Sie geschildert haben, von der Messbarkeit und den Indikatoren bis hin zur Beschlussfassung im Oktober bzw. November dieses Jahres halte ich für äußerst ambitioniert. Die einzelnen Phasen, die Sie genannt haben, also die Dialogfassung im März 2024, die Internetbeteiligung im zweiten Quartal und die Diskussionen im direkten Austausch erfordern ja auch, dass wir als politische Akteure in den Ausschüssen informiert werden. Deshalb meine Frage bezüglich dieser Strategie und inwieweit in diesem Prozess die unterschiedlichen Ressorts beteiligt werden. Denn ein Aspekt ist ja bei der Diskussion um die SDGs bzw. der Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele auch eine Fragestellung: Welche Ressorts werden überwiegend beteiligt und setzen sich damit auseinander und welche eigentlich eher nicht? Ich sitze in einem Ausschuss, wo ich sagen würde, da spielt das Thema SDGs und Erreichung der SDGs kaum eine Rolle, obwohl wir dort relevante Aspekte davon behandeln. Deshalb würde ich mir auf der einen Seite wünschen, dass dieses Thema auch in den anderen Ausschüssen bzw. in allen Gremien unseres Bundestages eine Rolle spielt, bis hin zu der Frage, wie dieser Prozess stattfinden kann, damit die Beteiligung und die Aufforderung zur Auseinandersetzung auch stattfindet.

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Darf ich einmal nachfragen, in welchem Ausschuss Sie Mitglied sind?

Abg. Susanne Menge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin sowohl Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, als auch im Verkehrsausschuss. Letzterer ist aber bezüglich meiner Frage gemeint.

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Bezüglich der Dialogfassung möchte ich ausführen, dass wir die Strategie nicht im luftleeren Raum schreiben. Wir haben über die Transformationsberichte das entsprechende Fundament erarbeitet. Zu diesen Transformationsberichten gibt es die sogenannten



Transformationsteams, bei denen die Ressorts übergreifend zusammenarbeiten und sich kontinuierlich auch jenseits der Berichte zu den Themen austauschen sollen. Das heißt, wir haben hierfür schon eine Grundlage. Und wir haben die Dialogfassung, die wir jetzt erstellen, mit einem ersten Entwurf, wo ich nun auch beginne, mich einzulesen. Gerne können Sie hierzu auch Punkte beitragen. Im Ergebnis haben wir schon eine intensive Beteiligung der Ressorts. Dabei spielt natürlich das Thema „Verkehr“ eine große Rolle. Das ist ein Thema, worüber wir in vielen verschiedenen Bereichen diskutiert haben. Da besteht dann natürlich auch die Möglichkeit, dass das Thema dann in einem Ausschuss als Thema diskutiert wird, auch wenn dann zunächst nur die Dialogfassung vorliegt. Natürlich muss man feststellen, dass das ein Strategiepapier der Bundesregierung ist, also ein Papier, bei dem die Bundesregierung dann am Ende sagt, darauf werden wir uns orientieren. Gleichzeitig sagen wir, dass es ein Thema ist, dass, wenn wir es richtig machen, auch umfassende Auswirkungen auf das politische Handeln und auf die Gesellschaft haben wird. Daher wollen wir natürlich eine breite Beteiligung im Prozess. Ich stimme Ihnen zu, dass die Zielerreichung ambitioniert ist. Immer, wenn ich die Zeitachse ansehe, glaube ich, dass wir mit den Transformationsberichten wirklich eine gute Grundlage haben, die ja auch einsehbar sind und wo ich wirklich noch mal dafür werben möchte, sich diese anzusehen. Ich glaube, es ist machbar. Wenn am Ende unsere Strategie dadurch besser wird, falls wir sie einen Monat später verabschieden, dann ist das meines Erachtens auch nicht schlimm. Nach meiner Erfahrung ist es so, dass der Einigungsdruck natürlich steigt, wenn man sich auch selber ein bisschen unter Zeitdruck setzt. Wir haben bei bestimmten Punkten auch innerhalb der Bundesregierung, genauso wie wir das ja hier auch in diesem Raum festgestellt haben, natürlich unterschiedliche Sichtweisen darauf, was nachhaltige Politik ist. Aber das gehört zu einem ganz normalen Prozess der Arbeit innerhalb der Bundesregierung, aber auch im parlamentarischen Verfahren dazu, dass man sich dann darüber streitet. Am Ende hat man einen Kompromiss und versucht dann einen Weg zu finden. Dafür braucht man ein bisschen Ausdauer und Geduld. Aber ich glaube, das können wir

insgesamt hinbekommen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Wäre der Zeitplan nicht so anspruchsvoll, würde man ja der Regierung Ambitionslosigkeit vorwerfen können. Das wäre dann auch wieder nicht so positiv.

Tatsächlich habe ich mich selber noch mal auf die Redeliste gesetzt. Es sind zwei Dinge, die ich ansprechen möchte. Ein Aspekt setzt noch mal bei den Indikatoren an. Dazu ist ja schon einiges gesagt worden. Nun haben sich ja einige unserer Kolleginnen und Kollegen bereits mit einer deutlich fachlicheren Tiefe mit den Indikatoren auseinandergesetzt. Gleichzeitig interessiert mich, wie sich jemand aus unserer Runde mit spezifischen Hinweisen bzw. Fragen an Sie wenden könnte. Sollten die Kolleginnen und Kollegen einfach einen Brief mit den entsprechenden Hinweisen und Fragen verfassen? Ich glaube nicht, dass so spezifische Ausführungen Eingang in den Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung finden könnte. Welcher Kanal wäre da aus Ihrer Sicht der richtige?

Die andere Frage bezieht sich noch mal auf das, was Sie zu Beginn Ihrer Ausführungen gesagt haben. Wir haben mit Freude den Beschluss des Staatssekretärsausschusses zur Kenntnis genommen, dass auf Initiative des BMJ die Nachhaltigkeitswirksamkeit von Anfang im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden soll. Sie haben ausgeführt, dass es eine Evaluation dazu gab. Mir ist dabei aber nicht richtig klar geworden, was die wesentlichen Erfahrungen damit sind. Denn es ist aus meiner Sicht natürlich wichtig, dass Nachhaltigkeitsfragen zu Beginn in den Prozess eines Gesetzgebungsverfahrens gestellt und vielleicht mit entsprechenden Zielen hinterlegt werden. Das führt ja erst am Ende dazu, dass das, was Herr Brinkhaus auch vorhin vorgetragen hat, nämlich dass am Ende auch ein Controlling stattfinden kann, mit der Fragestellung, ob unsere ursprünglichen Absichten auch umgesetzt wurden und die Maßnahmen bzw. Vorgaben des Gesetzes dann auch zu den gewünschten Effekten geführt haben. Vielleicht muss man diese Frage auch erst später noch mal ausführlich diskutieren. Aber ich finde es auf jeden Fall eine sehr spannende Frage.



StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Ich fange mal mit der letzten Frage an. Wir haben den Beschluss bzw. den Evaluierungsbericht veröffentlicht. Ich lade daher gerne dazu ein, da nochmal hineinzuschauen. Wir haben festgestellt, dass wir mittlerweile ein gutes Verfahren haben, im Sinne eine Art „Checkverfahren“ und dabei dann tatsächlich auch die Ressorts beteiligen. Wir betrachten uns die Punkte, die zu erfüllen sind und erstellen daraus eine Matrix. Gleichzeitig war eine Erkenntnis aus dem Prozess, dass die Konzeption manchmal noch immer nicht so richtig verständlich ist. Man muss schon eine Vorstellung von „Nachhaltigkeit“ haben, um auch diese Matrix vernünftig anwenden zu können. Deswegen ist das Thema Schulungen und Fortbildungen wichtig, aber auch ein Austausch, was „Best Practice“ angeht. Es gibt einzelne Ministerien und in den Ministerien einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das besonders gut können, andere eben nicht. Gerade bei diesem Thema, bei dem es nicht direkt so unmittelbar auffällig ist. Es gibt bestimmte Dinge, bei denen wir alle feststellen können, dass das irgendwie „nachhaltig“ ist. Aber zu verdeutlichen, dass man von vornherein prüfen muss, ob das jetzt auch wirklich relevant ist, dass ist ein anderes Thema. Wir haben ja auch noch das Thema „Klimacheck“, mit dem auch im BMWK gearbeitet wird. Wir achten darauf, dass es da möglichst nicht zu Doppelungen kommt. Wichtig ist, dass man da Dinge nutzt, die sich aufeinander beziehen, damit wir am Ende keine Doppelprüfung haben. Ansonsten wird es auch ein bisschen absurd und es geht dann auch nach hinten los. Wir haben aber auch festgestellt, dass die Tools intensiver genutzt werden. Früher hat man eher eine Ex-Post-Betrachtung angestellt. Es wurde zunächst etwas aufgeschrieben und dann hatte man noch irgendwie einen Bezug zur Nachhaltigkeit hergestellt. Wir stellen mittlerweile fest, dass das jetzt auch in den Berichten steht und die Konzepte häufiger auch schon im Vorfeld genutzt werden. Ihre zweite Frage habe ich jetzt nicht mehr präsent.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Es ging um die Indikatoren und der Frage, wenn seitens des Beirats Anregungen an Sie angesteuert werden sollen, wie das funktioniert.

StMin Sarah Ryglewski (Staatsministerin beim Bundeskanzler): Mein Kollege, Herr Bauernfeind „erschlägt“ mich vermutlich. Wir nehmen alles, was wir kriegen können. In dem Stadium, in dem wir jetzt sind, nehmen wir alles an, auch in Papierform. Je pointiert es ist, desto besser können auch die mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei uns im Kanzleramt damit arbeiten. Wir nehmen das aber gerne als Denkanstöße. Deswegen war ich da vorhin auch so transparent. Wir haben gerade gestern hierzu zusammengesessen. Wir sind da wirklich am Überlegen, wie wir das gestalten. Ich halte das nicht für eine triviale Frage. Wir machen es uns an dieser Stelle auch nicht leicht. Ich würde mich freuen, wenn wir dann gemeinsam zeitnah hierüber diskutieren können, sobald der Entwurf vorliegt. Gerne können Sie mir detaillierte Anregungen zu einzelnen Punkten übermitteln. Ihre Anregungen nehmen wir gerne entgegen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ein herzliches Dankeschön für die Auskunftsfreude, die Transparenz, die Offenheit und für die ausführliche Beantwortung unserer Fragen. Wir werden das Thema natürlich weiter verfolgen. Ich habe die Anregungen von Frau Ganserer aufgenommen, dazu ein Positionspapier zu verfassen. Ich denke, das werden wir für die nächste Obleuterunde mitnehmen und dann dort wieder aufrufen und besprechen. Deswegen Ihnen, Frau Staatsministerin, ein herzliches Dankeschön. Wir haben ja jetzt nur noch den Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“. Das geht vermutlich sehr schnell. Dann können wir noch ein gemeinsames Foto machen.

Tagesordnungspunkt 5

Verschiedenes

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Damit rufe ich den Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ auf. Hier habe ich lediglich zwei Mitteilungen zu machen.

Das Fachgespräch zum Thema „Fußball-Europameisterschaft 2024 als nachhaltige Sportgroßveranstaltung“ findet am 20. März 2024 statt.

Und die zweite Information: Wir haben erfreulicherweise eine Zusage von Frau Svenja Schulze, Bundesministerin des BMZ, für die



Beiratssitzung am 21. Februar 2024. Sie wird den Beirat, Herr Dr. Stefinger hat das Thema vorhin vorgetragen, über die Erreichung internationaler Nachhaltigkeitsziele unterrichten. Auch das wird sicherlich eine spannende Diskussion.

Vielen Dank.

Gibt es weitere Punkte von Ihrer Seite? Das ist

nicht der Fall.

Dann bedanke ich mich und wünsche Ihnen noch einen guten Abend und eine erfolgreiche Woche und schließe damit die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 19:04 Uhr

Helmut Kleebank, MdB

Vorsitzender

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat
f. nachhaltige Entwicklung

Ausschussdrucksache
20(26)94

Unterrichtung

durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Weiterentwicklung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung

Mit der Einrichtung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung (PBnE) im Jahr 2004 hat das Thema Nachhaltigkeit einen festen Platz im Deutschen Bundestag erhalten. Seither begleitet der PBnE die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung auf nationaler, europäischer sowie auf Ebene der Vereinten Nationen und achtet darauf, dass diese mit den Leitlinien nachhaltiger Entwicklung in Einklang steht. Der Beirat führt zudem den Dialog mit Institutionen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung auf allen politischen Ebenen sowie mit der Zivilgesellschaft, um das Anliegen einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern. Über die Verabschiedung von Positionspapieren zu zentralen Nachhaltigkeits- und Zukunftsthemen stößt der Beirat Debatten an.

Konkret erfüllt der PBnE gemäß seines Einsetzungsantrags folgende Aufgaben:

- die parlamentarische Begleitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, insbesondere bei der Fortentwicklung der Indikatoren und Ziele, bei der Festlegung und Konkretisierung von Maßnahmen und Instrumenten zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie, sowie bei der Vernetzung wichtiger nachhaltigkeitsrelevanter Politikansätze;
- die parlamentarische Begleitung der Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung auf europäischer Ebene, insbesondere mit Bezug zum europäischen Grünen Deal;
- die parlamentarische Begleitung der Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung auf Ebene der Vereinten Nationen, insbesondere die Aktivitäten und Maßnahmen zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Agenda 2030 u. a. im Rahmen des High-Level Political Forums der Vereinten Nationen zu nachhaltiger Entwicklung.
- Seit der Einrichtung des PBnE als parlamentarisches Gremium wird auch darüber beraten, wie die Arbeit des Beirats noch wirksamer ausgestaltet werden kann, um den Anforderungen der Zukunft besser Rechnung zu tragen. Vor diesem Hintergrund wurde dem PBnE in seinem Einsetzungsantrag zu Beginn der 20. Wahlperiode die Aufgabe übertragen, bis zur Mitte der Legislaturperiode Vorschläge vorzulegen, wie die Arbeit des PBnE noch effizienter ausgestaltet und wirksamer in die Öffentlichkeit getragen werden kann (BT-Drs. 20/696).
- Die Mitglieder des parlamentarischen Beirats sind diesem Auftrag gefolgt und haben sich in der laufenden Legislaturperiode intensiv mit den Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des PBnE beschäftigt. Neben der Sichtung der Überlegungen aus vorangegangenen Legislaturperioden war ein zentrales Element der Austausch mit Expertinnen und Experten im Rahmen zweier öffentlicher Fachgespräche. Im Zentrum ihrer Empfehlungen standen eine Stärkung der materiellen Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzentwürfen durch den PBnE, ein konsequenteres Nachhaltigkeitsmonitoring sowie die frühzeitige Einsetzung des Gremiums gemeinsam mit den weiteren Ausschüssen des Deutschen Bundestags.

Ausgehend von diesen Empfehlungen schlagen die Mitglieder des PBnE folgende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des PBnE vor:

1. **Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung setzt seine Arbeit als Beirat fort.** Um die künftige Veränderung seiner Arbeitsweise herauszustellen, erfolgt eine Umbenennung hin zum „Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen“.
2. **Anpassung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GOBT):** Die Fraktionen sind sich einig, dass der PBnE in seiner Form als Beirat eine wichtige Schnittstelle zwischen Parlament und Gesellschaft bildet. Diese muss zukünftig ausgebaut werden. Es soll geprüft werden, ob und wie die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages angepasst werden kann, damit sie künftig den Besonderheiten der Arbeit des Beirats Rechnung trägt. Insbesondere soll der PBnE direkt zu Beginn jeder Legislaturperiode – idealerweise parallel zu den Ausschüssen – eingesetzt werden.
3. **Konsensprinzip beibehalten:** Eine der herausragenden Eigenheiten des aktuellen Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung besteht im sog. *Konsensprinzip*. In diesem werden Positionen und Positionspapiere so weit wie möglich zwischen den Fraktionen konsensual abgestimmt. Der Beirat sollte dieses Prinzip unbedingt beibehalten, auch wenn dies in der Praxis auf Schwierigkeiten stoßen kann.
4. **Materielle Prüfung ausgewählter Gesetzesvorhaben:** Der Beirat soll die Möglichkeit bekommen, zu ausgewählten Gesetzesinitiativen der Bundesregierung *materielle Prüfungsbewertungen* zu erstellen (siehe dazu auch Punkt 7). Diese sollen die bislang durch den PBnE angefertigten formellen Nachhaltigkeitsprüfungsbewertungen inhaltlich ergänzen.
5. **Berichterstattung der Bundesregierung:** Im Sinne des Mainstreaming von Nachhaltigkeit über alle Politikfelder hinweg und im Sinne einer interdisziplinären Arbeit an den globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals – SDGs) wird der Beirat zukünftig bei seiner Arbeitsplanung einzelne Nachhaltigkeitsziele identifizieren, zu denen er Mitglieder der Bundesregierung in den Beirat einlädt. Dies kann sich auf konkrete Nachhaltigkeitsaspekte betreffende Gesetzesvorhaben der Bundesregierung beziehen, zu denen Mitglieder der Bundesregierung in einem Format, analog zu üblichen Ausschusssitzungen, berichten, wie mit dem Gesetzesvorhaben die Erreichung bestimmter SDGs forciert werden soll. Denkbar sind aber auch Berichtswünsche ohne konkretes Gesetzesvorhaben, bei denen Mitglieder der Bundesregierung dem Beirat darstellen, mit welchen Gesetzesvorhaben und Maßnahmen bestimmte SDGs erreicht werden sollen.
6. **Spending Reviews:** Der Beirat prüft, in welchem Format sogenannte „spending reviews“ erfolgen können. Im Rahmen dieser „spending reviews“ soll der Beirat prüfen können, wie und ob die eingesetzten Haushaltsmittel im jeweiligen Politikfeld nachhaltig ausgegeben werden sowie der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele dienen und darüber berichten. Gegebenenfalls kann dies zunächst schwerpunktmäßig dort erfolgen, wo die jeweiligen Indikatoren auf eine Verfehlung der Nachhaltigkeitsziele hindeuten.
7. **Wissenschaftliche Beratung:** Um die Lücke zwischen Wissenschaft und Parlament zu schließen und um eine langfristige Begleitung und Beobachtung des wissenschaftlichen Diskurses um nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, beinhaltet der hier vorliegende Reformvorschlag die Aufstockung der personellen Ressourcen im Beiratssekretariat oder beim Wissenschaftlichen Dienst. So sollen vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zwei neue wissenschaftliche Stellen geschaffen werden, die die Mitglieder des Parlamentarischen Beirats – auch bei der neu geschaffenen materiellen Prüfungsbewertung (Punkt 4) – aktiv unterstützen.
8. **Nachhaltigkeitswoche:** Der Beirat begrüßt, wenn der Deutsche Bundestag begleitend zur Schwerpunktdebatte zur Nachhaltigkeit im Plenum Veranstaltungen im Rahmen einer „Nachhaltigkeitswoche“ organisiert. Der Beirat soll sich bei der Planung und inhaltlichen Ausgestaltung aktiv beteiligen können.

Der PBnE regt eine Umsetzung dieser Vorschläge noch in der laufenden Legislaturperiode an. Sie sollten spätestens im Zuge der erneuten Einsetzung des PBnE zu Beginn der 21. Wahlperiode umgesetzt werden.

Berlin, den [...]

Helmut Kleebank
Vorsitzender

Positionspapier

Weiterentwicklung Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Stellungnahme der CDU/CSU-Fraktion

Das vorgelegte Papier zur Weiterentwicklung des Parlamentes geht in die richtige Richtung, ist in Teilen jedoch zu ambitionslos. Notwendig sind Verbesserungen in der deutschen Nachhaltigkeitsarchitektur, um den Nachhaltigkeitszielen und der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie im Gesetzgebungsverfahren eine angemessene Bedeutung zu verleihen. Dies ist erst dann erreicht, wenn in allen Phasen des Gesetzgebungsverfahrens die rechtzeitige Erreichung der Nachhaltigkeitsziele als zentrale Zielsetzung angestrebt wird. Dies gilt es in angemessenen und regelmäßigen Abständen parlamentarisch zu überprüfen. Ein weiterer Bestandteil sollte sein, die derzeitige Kontrolle formaler Art (vgl. Nachhaltigkeitsprüfung nach § 44 Absatz 1 i.V.m. § 62 der Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien) dahingehend zu erweitern, dass künftig auch eine materielle Überprüfung der Auswirkungen eines Gesetzes auf Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie durchgeführt wird.

Die fachübergreifende Begleitung mithin die Querschnittsfunktion des Gremiums erfordert ein strukturiertes Vorgehen in den Sitzungen, um alle Themenbereiche – insbesondere die der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – umfassend bearbeiten zu können. Diese Struktur geht gegenwärtig verloren, da sich der PBnE zu sehr mit den Aktivitäten des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung im Bundeskanzleramt befasst. Deshalb sollte aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bei der Weiterentwicklung des Beirates besonderes Augenmerk daraufgelegt werden, ein „Nachhaltigkeitscontrolling“ einzuführen, das den Mitgliedern des Beirates ermöglicht, den Fortschritt der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu überprüfen und Vorschläge an die Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung unseres Landes und zu Fragen künftiger Generationen zu unterbreiten.

Der Beirat kann diesen notwendigen Anforderungen in seiner jetzigen Form nicht hinreichend gerecht werden. Deshalb fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Deutschen Bundestag auf, den Beirat zu einem Ausschuss für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen umzuwandeln und damit insbesondere Punkt 1 des Positionspapieres anzupassen. Mit der Aufwertung ist das neue Gremium als ständiger Ausschuss des Bundestages in der Geschäftsordnung des Bundestages zu verankern, so dass dieser zeitgleich mit den übrigen Bundestagsausschüssen eingesetzt werden kann.

Durch den Querschnittcharakter – vergleichbar mit dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union – soll der Ausschuss jedoch nicht für jedes Thema mit Nachhaltigkeitsbezug federführend sein, sondern lediglich die Federführung für die Vorlagen übernehmen, die einen konkreten Nachhaltigkeitsbezug aufweisen. Beispiele dafür sind Vorlagen wie die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, der Indikatorenbericht, Beschlüsse des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung, Belange der europäischen sowie der internationalen Nachhaltigkeitspolitik und den UN-Nachhaltigkeitszielen. Darüberhinausgehend soll der neue Ausschuss übrige Gesetzentwürfe im parlamentarischen Verfahren mitberatend behandeln. Diese parlamentarischen Beratungsrechte sollten ebenfalls Einklang in die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages finden.

Ein klares Bekenntnis des Deutschen Bundestages zur nachhaltigen Entwicklung und zu Zukunftsfragen stärkt die parlamentarische Kontrolle. Eine durchgängige Kontrolle der exekutiven Staatsgewalt durch die Volksvertretung ist ein elementarer Bestandteil des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.



Votenliste

Stand: 16. Januar 2024

lfd. Nr.	Drs.-Nr.	Art	Titel	Berichterstatter	Nachhaltigkeitsbezug	Aussagen zur Nachhaltigkeit	Aussagen plausibel	Votum der BE
1	565/23 20/9874	GE	<u>Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der Teilzeitmöglichkeit in den Jugendfreiwilligendiensten sowie im Bundesfreiwilligendienst für Personen vor Vollendung des 27. Lebensjahres und zur Umsetzung weiterer Änderungen (Freiwilligen-Teilzeitgesetz)</u>	Stephanie Aeffner Kerstin Radomski	ja	ja	ja	keine Prüfbitte
2	508/23 20/9890	GE	<u>Entwurf eines Gesetzes zur Zulassung virtueller Wohnungseigentümersammlungen, zur Erleichterung des Einsatzes von Steckersolargeräten und zur Übertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten für Erneuerbare-Energien-Anlagen</u>	Muhanad Al-Halak Rainer Kraft	ja	ja	ja	keine Prüfbitte